Sonntag, 18. Dezember 1932
Nr. 289. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf
Reichsausgabe

Schlesische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Statt Arbeitsbeschaffung — blauer Dunst

Nur außerparlamentarische Massenaktionen können Änderung erzwingen

Unter dem vielversprechenden Titel: „Verordnung über Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung und der ländlichen Siedlung" wird im „Reichsanzeiger" die erste vom Schleicher-Kabinett auf Grund des Artikels 48 herausgegebene, vom Reichspräsidenten gezeichnete Verordnung veröffentlicht. Sie lautet:

„Zu einheitlicher und beschleunigter Förderung aller Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung wird ein Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung bestellt. Der Reichskommissar wird vom Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannt.

Der Reichskommissar hat seine Aufgaben im Benehmen mit den zuständigen Reichsministerien wahrzunehmen. Der Reichskanzler setzt beim Reichskommissar einen Ausschuß aus Mitgliedern der Reichsregierung ein. Der Ausschuß ist zuständig für Beschlußfassung über 1. die Richtlinien zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung, 2. die Zulassung von Arbeiten, die entweder von den Richtlinien erheblich abweichen oder besonders wichtig sind.

Zur beratenden Mitwirkung an den Aufgaben des Reichskommissars kann ein Beirat gebildet werden.

Der Reichskommissar kann seine Befugnisse Reichsbehörden und Dienststellen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-Versicherung sowie im Benehmen mit der Landesregierung Landes- und Gemeindebehörden übertragen. Die Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden sowie andere Körperschaften des öffentlichen Rechtes haben ihm jede zur Wahrnehmung seiner Aufgaben dienliche Verwaltungshilfe unentgeltlich zu leisten.

Um die Vereinheitlichung der Aufgaben der ländlichen Siedlung sicherzustellen, setzt der Reichskanzler bei dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft einen Ausschuß aus Mitgliedern der Reichsregierung ein, dessen Beschlußfassung der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bei grundsätzlichen Entscheidungen, insbesondere über die Aufstellung von Richtlinien und über deren Durchführung, einzuholen hat. Der Reichskanzler kann den Vorsitz des Ausschusses selbst übernehmen. Seine Vertretung steht dem Reichskommissar für Arbeitbeschaffung zu.

Die Reichsregierung kann zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung und der ländlichen Siedlung Rechtsverordnungen und Verwaltungsbestimmungen erlassen. Sie kann dabei von den bestehenden reichs- und landesrechtlichen Vorschriften abweichen."

Die Regierung „kann", die Regierung „wird" — Ausschüsse einsetzen, wird beraten, wird andere beauftragen: Aber was, zum Teufel, tut sie endlich?

Die Millionen von Arbeitslosen, Sozialrentnern, Kleinbauern usw., deren Not zum Himmel schreit, verlangen sofortige Hilfe, verlangen endlich Taten. Tausende mögen diese Verordnung Schleichers mit der Hoffnung erwartet haben, daß der „soziale" General nun endlich, statt zu schwätzen, handeln und ganz bestimmte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sofort in Angriff nehmen werde.

Doch nichts, buchstäblich nichts als leeres Wortgeklingel bringt die Verordnung.

Die ganze Politik des Schleicher-Kabinetts besteht in bezug auf soziale Hilfe nur im blauen Dunst machen. So wie eine alte Lokomotive, die sich vergeblich bemüht, von der Stelle zu kommen, aber ihre nicht vorhandene „Stärke" im Abblasen von großen Dampfwolken vorzutäuschen, so ergeht sich Schleicher und sein Kabinett nun schon seit 14 Tagen, und ganz besonders in der großen Rundfunkrede, in den phrasenreichsten Ankündigungen, was alles getan werden soll. Da aber immer noch nichts getan wird, ja selbst die Ankündigungen von „Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung" völlig verschwommen sind, muß diese Verordnung, wie auch die große „Programmrede" Schleichers nicht anders wirken als

eine Verhöhnung der Hungernden.

Die sonstige, sehr geschäftige „Regierungstätigkeit" der Mitglieder des Schleicherkabinetts erschöpft sich ebenso in Reden halten, Verhandeln mit allen möglichen „Interessenten" usw. So erfahren wir heute als „Neuestes", daß „in der morgigen Kabinettssitzung die Fragen der Winterhilfe und der Arbeitsbeschaffung im Mittelpunkt (!!) stehen".

Oder man lese folgende „Mitteilungen aus Regierungskreisen":

„Sowohl der Reichswirtschaftsminister wie auch der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, hatten am Freitag lange Konferenzen, die alle der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms galten. Beim Reichswirtschaftsminister hatten sich Vertreter der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen eingefunden, die um Auskunft über die Regierungspläne baten. Der Reichswirtschaftsminister erteilte diese Auskünfte, die sich absolut in der Linie des vom Kanzler in der Rundfunkrede entwickelten Programms hielten. In den nächsten Tagen sollen die Verhandlungen durch eine Stellungnahme mit den Unternehmerverbänden fortgesetzt werden.

Dr. Gereke hatte eine längere Unterredung mit dem Vorsitzenden der Landesdirektorenkonferenz, Landeshauptmann von Thaer, und dem Leiter des Verbandes der preußischen Provinzen, Ministerialrat a. D. von Schenk, ebenfalls über das Arbeitsbeschaffungsprogramm und die Zusammenarbeit mit den Provinzen in diesen Fragen.

Nebenher gingen Verhandlungen zwischen dem Arbeitsbeschaffungskommissar und der Reichsbank. Die Vorbereitungen sind indessen noch keineswegs so weit gediehen, daß man etwa schon am Sonnabend im Kabinett zu konkreten Beschlüssen gelangen wird. Darüber ist man sich in Regierungskreisen vollkommen klar, und der Reichsfinanzminister hat dieser Ansicht dadurch Ausdruck gegeben, daß er dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses mitteilte, daß er ebensowenig wie der Reichswirtschafts- und der Reichsarbeitsminister in der Lage sei, schon am 19. Dezember Auskunft über das Arbeitsbeschaffungsprogramm zu geben. Auch in der finanzpolitischen Aussprache des Haushaltsausschusses am 10. Januar wird sich die Regierung noch nicht mit einem Referat beteiligen können."

Welcher Arbeiter, welcher vom Hunger geplagte Arbeitslose kann angesichts dieser phrasengeschwollenen Nichtstuer noch im Zweifel sein, daß ihm von dieser Seite sicher keine Hilfe kommt? Das kapitalistische Regime kann und will nicht helfen.

Darum Schluß mit dem Zuwarten! Die Arbeitermassen müssen selbst, in Verbindung mit dem Einsatz der organisierten Macht der Gewerkschaften, durch gewaltige Aufmärsche in Aktion treten!

Schleichers Nullen

Auf eine Null mehr oder weniger kommt es bei den Versprechungen, die der „soziale General" Schleicher macht, offenbar nicht an. So hat Schleicher in seiner Rundfunkrede u. a. davon gesprochen, daß in Ostpreußen 800 000 Morgen Siedlungsland bereitgestellt werden sollten. Jetzt wird offiziell „berichtigt", daß sich „der Herr Reichskanzler" geirrt hätte, es kämen in Ostpreußen nur 80 000 Morgen in Frage.

Nun ja, eine Null zuviel, was schadet's schon! Dieses Spiel mit Nullen läßt immerhin einige Schlüsse zu über die „Zuverlässigkeit" der Reden und Programme Schleichers. Es wird noch manche Null zuviel darin sein.

Neurath vor dem Auswärtigen Ausschuß

Berlin, 16. Dezember.

Im Reichstage trat heute vormittag der Auswärtige Ausschuß unter Vorsitz von Dr. Frick zu seiner ersten Sitzung zusammen, um einen Bericht des Reichsaußenministers über die außenpolitische Lage, insbesondere über die Abrüstungsverhandlungen und über Lausanne entgegenzunehmen. Die deutschen Länder waren zahlreich vertreten. Der Reichsaußenminister ergriff sofort nach Eröffnung der Sitzung das Wort und berichtete ausführlich über die Verhandlungen und das Abkommen von Lausanne.

Wird der Reichstag einberufen?

Berlin, 16. Dezember.

VDZ. Der Aeltestenrat des Reichstages ist für Montag nachmittag 4 Uhr einberufen worden, um über den Antrag der Kommunisten zu entscheiden, der den sofortigen Zusammentritt des Reichstages fordert.

Nach 17 Jahren — 14 Jahre Zuchthaus!

Leipzig, 16. Dezember.

WTB. **In dem Prozeß gegen den Chauffeur August Jäger, der beschuldigt wird, im Jahre 1915 an der Front bei Langemarck zu den Franzosen übergelaufen zu sein und deutsche Angriffsvorbereitungen verraten zu haben, beantragte der Reichsanwalt wegen Kriegsverrates gegen den Angeschuldigten 14 Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust.**

Dieser Strafantrag der Oberreichsanwaltschaft ist selbst nach dem, was man von dieser Behörde gewöhnt ist, eine Ungeheuerlichkeit. Nach über 17 Jahren soll (nach einer Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattgefunden hat) ein Mann wegen eines Verbrechens, das man ihm bestimmt nicht schlüssig nachweisen kann, zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt werden. Wir wollen einmal ganz absehen von unserer prinzipiellen Stellung zum Begriff des „Kriegsverrats". Nehmen wir selbst an, der Angeklagte habe wirklich in der Gefangenschaft etwas „verraten" — wer will heute feststellen, unter welchem Druck, unter welchen besonderen Umständen das geschehen sein mag! Hier bereitet sich ein Urteil vor, das an empörender Grausamkeit (17 Jahre nach der Tat, falls sie begangen wurde!) das Buttlerjahn-Urteil tatsächlich noch übertrifft. Die Oeffentlichkeit muß mobil gemacht werden gegen eine Oberreichsanwaltschaft, die sich offenbar nur noch als Beauftragte des deutschen Militarismus fühlt und mit solchen abschreckenden Urteilen der Verbreitung des kommenden Krieges dienen will.

Schleicher und die SPD

Von Max Köhler-Berlin

Die vom General Schleicher in seiner Rundfunkrede vertretene Politik ist die Fortsetzung der Politik von Papen. Schleicher knüpft dort an, wo Papen in der Durchführung seines Programms zur Ueberwindung der kapitalistischen Krise stehen geblieben ist. Da Schleicher klüger ist als Papen, ist er in seinen Maßnahmen zur Durchsetzung seines Planes elastischer, daher hat er in seiner Rede mit sozialen Phrasen zur Verschleierung seines reaktionären Kurses nicht gespart. Er selbst nannte sich: der „soziale" General, der nicht ewig auf den Spitzen der Bajonette ohne breite Volksbasis regieren kann. Aber das ist gerade der Zweck der Regierung Schleicher, die schmale Basis Papens durch eine Verbreiterung zu ergänzen, eine Konzentration aller nationalen, aufbauwilligen Kräfte zu erreichen. Daß dieser Versuch dem General Schleicher bis zu einem bestimmten Grade gelungen ist, ist unbestreitbar. Trotz der oppositionellen radikalen Phrasen der Nazipresse, insbesondere des „Angriff", gegen die Regierung Schleicher ist die Tatsache nicht abzustreiten, daß die Regierung Schleicher ihr Leben einzig und allein der Tolerierung Hitlers zu verdanken hat. Dies darf die Arbeiterklasse nicht vergessen.

Hinter Schleicher stehen heute die entscheidenden Kreise des Schwerindustrie- und Finanzkapitals. Es ist ihm aber auch sichtlich gelungen, sich starken Einfluß auf die agrarischen und junkerlichen Kreise zu verschaffen. Der Plan des Monopol- und Finanzkapitals ist es, sich die nationalsozialistischen Kräfte ganz unterzuordnen, um sie im Kampf gegen die Arbeiterklasse einsetzen zu können. Die Regierung Schleicher bedeutet darum trotz ihrer sozialen Phrasen keine Verringerung, sondern eine Vergrößerung der Gefahr für das Proletariat.

Sehr geschickt knüpft Schleicher an die Gedanken, die in der Forderung nach dem Staatskapitalismus ausklingen, an, indem er sich dagegen wehrt, daß die Privatindustrie nur die Vorteile der Wirtschaft genieße und alle Nachteile dem Staat zur Last lege.

Daß von diesen Gedankengängen aus große Gefahren der Arbeiterklasse drohen, weil von ihnen aus Zersetzungskeime in die Arbeiterbewegung getragen werden, muß klar erkannt werden. In erster Linie kommen hier die Stimmen aus dem Lager der Gewerkschaftsführung und aus dem Lager des Reichsbanners in Frage. In diesem Zusammenhang interessiert die Stellung, die in der „Gastwirtsgehilfen-Zeitung", dem Organ des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten, in ihrer Nummer vom 8. 12. zur Bildung des Kabinett Schleicher geschrieben hat:

„Wie wir zu dem neuen Reichskanzler stehen, wird von seinen Taten, und nur allein von ihnen abhängig sein. Seine Hauptaufgabe wird u. E. sein, durch ein vernünftiges Regiment die Nazis und Kozis beschleunigt so zu dezimieren, daß sie eine verständige Tätigkeit der Parlamente nicht mehr verhindern können. Dabei müssen alle ehrlichen Freunde der Republik helfen. Als noch alles in der Schwebe war, verkündete Breitscheid — und der „Vorwärts" unterstrich es durch eine dicke Balkenüberschrift — „Wir bleiben in der Opposition!" Breitscheid und der „Vorwärts" mögen tun und lassen, was sie für richtig halten. Wir machen uns nicht viel Hoffnung für die Zukunft. Der neue Reichskanzler ist ja kein unbeschriebenes Blatt, und wenn Hindenburg dem Papen nach wie vor gewogen bleibt, so kann man von Schleicher sicher nicht sagen, daß er Hitler und Hugenberg haßt. Aber wir werden trotzdem von Fall zu Fall prüfen, ob eine Maßnahme des neuen Kabinetts dem Wohle des deutschen Volkes, insbesondere dem Wohle des arbeitenden deutschen Volksteiles, dient und danach entscheiden, was und wer

gutzuheißen oder zu bekämpfen oder — einstweilen zu dulden ist."

Der Parteivorstand der SPD und der „Vorwärts" erklären zwar, daß sie in Opposition zum Kabinett Schleicher stehen. Wörtlich heißt es in der Freitagnummer des „Vorwärts" im Schluß des Leitartikels, in dem das Programm des Kanzlers besprochen wird: „Die Sozialdemokratie braucht ihre Opposition nicht erst anzukündigen, sie macht sie schon und sie bleibt dabei." Aber diese Opposition wird nicht getragen von der grundsätzlichen Ablehnung des kapitalistischen Staates, sondern von der „staatspolitischen Notwendigkeit". Das kommt besonders klar in der Wiedergabe der Programmrede des Generals zum Ausdruck. Es ist nicht uninteressant festzustellen, daß in drei entscheidenden Fragen der „Vorwärts" seinen Lesern das Programm des Generals unterschlägt.

Der General hat nämlich in seiner Programmrede ausdrücklich die Durchführung der wirtschaftlichen Forderungen Papens angekündigt und sich dabei bezeichnenderweise auf seine Uebereinstimmung mit dem Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Krupp von Bohlen-Halbach, berufen.

Weiter unterschlägt der „Vorwärts" ausgerechnet jene Stelle in der Rede des Generals, in welcher er nicht nur von der kommunistischen Bewegung und der Anwendung drakonischer Ausnahmebestimmungen spricht, sondern wo er im allgemeinen sich „gegen gewerbsmäßige Unruhestifter" wendet und mit dem Einsatz der Wehrmacht droht. Uns scheint diese Bemerkung nicht unbedeutend zu sein schon deshalb, weil die Praxis des jetzigen Innenministers Bracht als Reichskommissar von Preußen bewiesen hat, daß nicht nur die Presse der KPD unter der Presseknebelung des reaktionären Kurses zu leiden hat, sondern daß auch diesem Kurs eine ganz ansehnliche Zahl von sozialdemokratischen Zeitungen zum Opfer gefallen sind. Diese Wendung in der Rede des Generals bedeutet die Androhung der Unterdrückung jeder wirklich oppositionellen Presse.

Das Verschweigen dieser Tatsache kann doch nur den Zweck haben, den reaktionären, arbeiterfeindlichen Charakter der Regierung Schleicher in den Augen der Anhänger der SPD abzuschwächen.

Und die dritte Tatsache, die vom „Vorwärts" unterschlagen wird, ist die Forderung Schleichers nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht unter Herausstellung der Tatsache, daß die Schaffung des „Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung" und die Organisation des freiwilligen Arbeitsdienstes den Versuch darstellt, im Rahmen des Versailler Vertrages andere Methoden anzuwenden. Wenn dabei General Schleicher mit sichtlicher Befriedigung auf die freiwillige Mitarbeit der verschiedenen „Bünde" hinweist und betont, daß „das Erfreuliche an diesen Einrichtungen in der Ueberwindung des Parteigeistes wäre, in einem Maße, daß Parteihäupter und Verbandsgrößen anfangen, unruhig zu werden", so ist das gleichzeitig eine boshafte Anspielung auf die in den Gewerkschaften, im Reichsbanner und in der SPD bestehenden Differenzen zugunsten des Schleicherflügels.

Das Verschweigen dieser nicht unwichtigen Stellen in der Wiedergabe der Rede des Generals durch den „Vorwärts" bedeutet angesichts der zunehmenden Gefahr für die Arbeiterklasse eine direkte Förderung der Illusionen. Die indirekte Tolerierung der Schleicherregierung durch den SPD-Parteivorstand muß sich aber für die Arbeiterklasse noch katastrophaler auswirken, als die katastrophale Tolerierungspolitik der Brüningregierung. Gegen diese indirekte Tolerierungspolitik müssen die sozialdemokratischen Arbeiter Sturm laufen und die Einsetzung aller außerparlamentarischen Kräfte zum Kampf gegen die Schleicherregierung fordern. Solange die Wels, Hilferding und Genossen die Einsetzung der außerparlamentarischen Kräfte sabotieren, fördern sie die Schwächung der Arbeiterklasse und die Durchführung der konterrevolutionären Pläne derer um Schleicher.

Die Aufgabe unserer Mitglieder ist es, den sozialdemokratischen Mitgliedern die zweideutige Rolle ihrer Parteiführung aufzuzeigen. Unsere Genossen müssen im Kampf um die Herstellung der Einheitsfront nicht erlahmen, sondern vielmehr in den Gewerkschaften, in den Betrieben und sonstigen Massenorganisationen mit verstärkter Kraft für die Schaffung einer Oppositionsbewegung arbeiten.

Die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für eine Klassenkampfpolitik, ihre Loslösung vom Reformismus kann uns nur gelingen, wenn wir in ideologischer Klarheit, fest auf dem Boden der Prinzipienerklärung stehend, die Aufgaben der Arbeiterklasse festlegen.

Massenverhaftungen

Paris, 16. Dezember.

Die gewerkschaftlich organisierten Angestellten öffentlicher Betriebe hatten für gestern abend eine Kundgebung auf dem Opernplatz angekündigt, die jedoch, da ein starkes polizeiliches Aufgebot zur Stelle war, nicht zustande kam. Insgesamt sind 1320 Teilnehmer, darunter zahlreiche Ausländer, die ihre Ausweisung zu gewärtigen haben, festgenommen worden.

Unerhörte Kommunisten-Hetze

Das Ausnahmegesetz wird vorbereitet!

Die innenpolitisch wichtigste Stelle der Rundfunkrede des Reichskanzlers war, wie wir bereits in unserem gestrigen Leitartikel hervorgehoben haben, die Ankündigung schärfster Ausnahmemaßnahmen gegen die KPD. Diese Drohung ist das Stichwort für die rechtsstehende Presse, eine neue systematische Hetze gegen die KPD in Szene zu setzen.

Die „Berliner Börsen-Zeitung", die seit Jahren die Denunziation aller revolutionären Organisationen gewerbsmäßig betreibt, bringt an der Spitze ihrer Freitag-Abendausgabe in großer Aufmachung einen Artikel mit den Ueberschriften:

„Kommunistische Aufruhraktion — Das angekündigte drakonische Vorgehen gegen die bolschewistische Gefahr muß sofort erfolgen".

Dieser Artikel wird, in teilweise noch krasserer Aufmachung, von der rechtsstehenden Provinzpresse übernommen.

Wenn man die Artikel liest und auf ihren tatsächlichen Inhalt hin prüft, so geht es einem so wie bei der Lektüre gewisser Skandalblätter: knallige aufreizende Ueberschriften — und nichts dahinter. Die ganze „kommunistische Aufruhraktion" löst sich auf in Meldungen über Verbreitung kommunistischer Flugblätter und Durchführung kommunistischer Funktionärsitzungen. Diese Tatsachen reichen aber für diese Blätter bereits aus, um den „sofortigen Erlaß der angekündigten drakonischen Maßnahmen" zu fordern.

Die Regierung scheint gewillt zu sein, dieser Aufforderung zu folgen.

Wir berichteten bereits wiederholt, daß in der letzten Woche in zahlreichen Orten Sitzungen kommunistischer Funktionäre, Bezirksparteitage der KPD und ähnliche Konferenzen aufgelöst und die Teilnehmer verhaftet wurden. In allen diesen Fällen verbreiteten die bürgerlichen Nachrichten-Büros schreckenerregende Meldungen, aus denen der Leser das Gefühl bekommen sollte, als ob diese Konferenzen der KPD-Funktionäre gerade dabei gewesen wären, die ungeheuerlichsten Bombenattentate oder ähnliche Schandtaten durchzuführen. Der verängstigte Bürger soll auf diese Weise das Glück empfinden, von einer so aufmerksamen Staatsgewalt vor so furchtbaren Gefahren beschützt zu werden.

Auch heute werden wieder derartige, ganz offenbar systematisch vorgenommene Polizeimaßnahmen gemeldet. In Köln-Deutz wurde eine „geheime Funktionärversammlung", an der über 100 Kommunisten teilnahmen und in der angeblich Störungen für die Weihnachtstage vorbereitet wurden, aufgehoben; „Glücklicherweise gelang es einem Ueberfallkommando der Kölner Polizei, sämtliche beteiligten Kommunisten festzunehmen. Auch in München und Gotha wurden Kommunisten bei der Vorbereitung von Terrorakten festgenommen. In München wurde eine kommunistische Bauernkonferenz vorbereitet, die den Zweck haben soll, hochverräterische Pläne in der Landbevölkerung zu propagieren. In Gotha wurde ebenfalls ein Komitee festgesetzt, das seit längerer Zeit ungesetzliche Handlungen vorbereitete und durchführte." In dieser Art, ohne irgendeine konkrete Angabe, berichtet die bürgerliche Rechtspresse, um eine bestimmte Auffassung in der Bevölkerung zu erzeugen.

Wir halten es für sicher, daß hier Regierung und bürgerliche Presse mit sorgsam verteilten Rollen gemeinsames Spiel machen, um die Voraussetzungen zu dem großen Schlage gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung zu schaffen. Die Genossen der SAP müssen sofort in allen Betrieben, an allen Stempelstellen und in den proletarischen Massenorganisationen auf diese Gefahren hinweisen und den Arbeitern der SPD wie der KPD klar machen, daß nur die geschlossene proletarische Einheitsfront diesen Schlag von der Arbeiterklasse abwenden kann.

Amnestiebeschlüsse in Bayern und Sachsen

Die Regierungen sabotieren

Die bayerische Regierung hatte, wie wir gestern meldeten, beschlossen, im Reichsrat gegen die vom Reichstag angenommenen Amnestiebeschlüsse zu stimmen. Im bayerischen Landtag kam aber in der Sitzung vom 15. Dezember eine dem entgegenstehende Mehrheit zustande. Mit den Stimmen der NSDAP, der SPD und der KPD wurde ein nationalsozialistischer Antrag angenommen, der von der bayerischen Regierung verlangt, daß sie ihren Einspruch gegen die Amnestie im Reichsrat zurückzieht. Weiter verlangt der Antrag, daß, wenn keine Reichsamnestie zustande kommt, in Bayern eine Amnestie für solche Straftaten erlassen wird, die politischen Beweggründen und wirtschaftlicher Not entspringen.

In der sächsischen Landtagssitzung vom 15. Dezember wurde ein sozialdemokratischer Amnestieantrag mit den Stimmen der SPD, KPD und NSDAP angenommen, der in einer Reihe von Punkten über die im Reichstag beschlossene Amnestie hinausgeht. Der Justizminister, Dr. Mansfeld, hatte jedoch schon vor der Abstimmung erklärt, daß die Regierung einem Antrag, der über den Umfang der Reichsamnestie hinausgehe, keinesfalls beitreten könne. Weiter erklärte der Justizminister, daß die sächsische Regierung auch gegen die im Reichsrat beschlossene Amnestie schwere Bedenken hätte, aber wegen der Aussichtslosigkeit eines Einspruches von einem Widerstand im Reichsrat absehen werde.

Es zeigt sich somit auch in Bayern und Sachsen, genau wie im Reich, daß die Regierungen alles tun, um im Gegensatz zu den Parlamentsmehrheiten die Amnestie zu sabotieren. Die Arbeiterklasse muß daraus die Lehre ziehen, ihren Massendruck zur Durchsetzung der Freilassung der politischen Gefangenen zu verstärken.

Leipart „berichtigt" —

und bestätigt das „Excelsior"-Interview

Das seinerzeit von dem Berliner Korrespondenten des Pariser „Excelsior" veröffentlichte Interview mit Leipart, das wir auch in der „SAZ" vom 7. Dezember brachten, hat bekanntlich allgemein Aufsehen erregt. Leipart hat dort ganz offen für Schleicher Stellung genommen. Er hat u. a. erklärt: „Die soziale Frage stände im Vordergrund der Besorgnisse des Generals Schleicher und das Ziel seines Versuches sei, eine Entspannung in Gewerkschaftskreisen herbeizuführen ... General von Schleicher sei übrigens nicht der Mann, als den man ihn sich vorzustellen scheine ... Er habe durch die Forderung nach Gleichberechtigung nur die Auffassung aller Deutschen zum Ausdruck gebracht."

Da diese offene Unterstützung und Verteidigung Schleichers durch den Vorsitzenden des ADGB nicht anders gedeutet werden konnte, als daß die Führung der freien Gewerkschaften bereit sind, das Kabinett Schleicher zu tolerieren, ja sogar seine militaristischen Bestrebungen und Aufrüstungspläne gegenüber dem Ausland zu verteidigen, so ist dieses Interview der Anlaß zu sehr scharfen Angriffen gegen die ADGB-Führung geworden.

Obwohl aber das Interview in der gesamten deutschen Presse — mit Ausnahme der SPD-Zeitungen — veröffentlicht wurde, ist von Leipart bisher keine Widerrufung erfolgt. Jetzt erst versucht Leipart so eine Art von Berichtigung. Im „Abend-Vorwärts" vom Freitag wie auch in der neuesten Nummer der „Gewerkschaftszeitung" ist eine lange, fünf Punkte umfassende „Richtigstellung" abgedruckt, die angeblich Leipart an den „Excelsior" nach Paris gesandt hat. Trotz der Länge der Berichtigung enthält sie aber kein einziges Wort der Widerlegung von dem, was in der deutschen Presse über das Interview veröffentlicht worden ist. Leipart redet da von allen möglichen Dingen, die er nicht gesagt haben soll, die aber auch nicht in der deutschen Presse standen. Aber da er den in Deutschland bekannt gewordenen Inhalt des Interviews nicht widerlegt, ja es nicht einmal versucht, so ist seine „Berichtigung" nichts anderes als eine nachträgliche Bestätigung.

Es bleibt also dabei: Leipart hält Schleicher für den „sozialen General" und nimmt seine militärischen Pläne „als die Auffassung aller Deutschen" in Schutz.

Politisch erkrankt?

Darmstadt, 16. Dezember.

CNB. Der nationalsozialistische Fraktionsführer des hessischen Landtages, Karl Lenz der bereits krankheitshalber von der Gauleitung zurückgetreten ist, hat dem Landtagsamt mitgeteilt, daß er aus dem gleichen Grunde auf sein Mandat verzichte.

Wirtschaftsbeschlüsse im Preußischen Landtag

Die Donnerstag-Sitzung des Preußischen Landtages war ausgefüllt mit der Erledigung zahlreicher Wirtschaftsbeschlüsse des Handelsausschusses. Mit großer Mehrheit wurde der Ausschußantrag angenommen, der von der Regierung verlangt, „alle Maßnahmen zu ergreifen, um eine

Stillegung der Zechen „Sachsen" I und II

zu verhindern und die Quotenübertragung der Zeche „Sachsen" auf eine andere zu verbieten". Gleichfalls angenommen wurde ein Antrag, wonach die staatlichen Bergbaugesellschaften von ihren Haldenbeständen Brennstoff zum Preise von 20 Pfg. für den Zentner an die Familien der Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger abgeben sollen. Auch auf die privaten Bergbaugesellschaften soll im gleichen Sinne eingewirkt werden.

Ein weiterer Antrag verlangt von der Regierung, dafür zu sorgen, daß die Gehälter der Direktoren und höheren Beamten der mit Reichsmitteln subventionierten Mansfeld A.-G. denen der unteren Beamten und Angestellten angeglichen werden und daß die von der Gesellschaft herausgegebene Werkzeitung eingestellt wird.

Angenommen wurde ferner ein Antrag, wonach Stillegungen und Entlassungen in den oberschlesischen Gruben, Hütten und Werken vermieden und die bereits ausgesprochenen Kündigungen auf den staatlichen Bergwerken zurückgezogen werden sollen.

Zur finanziellen Unterstützung der Kleinschiffahrt wurde ein Antrag angenommen, der verlangt, daß die Hapag (Hamburg-Amerika-Linie) die Staatszuwendungen in Höhe von 76 Millionen Mark zurückzahlen soll. (Die Hapag wird sich bedanken!)

Eine Reihe weiterer Anträge verlangt Maßnahmen zur Behebung der Not, die durch Hochwasser- und Unwetterschäden verursacht wurden. Ebenso sollen Mittel für landliche Arbeitsbeschaffung, Förderung der Meliorationsarbeiten in der Niederlausitz und anderen Gebieten zur Verfügung gestellt werden. Von der Regierung wird weiter verlangt, daß sie sofort die Vorarbeiten für die Ueberbrückung des Swine-Stromes zwischen den Inseln Usedom und Wollin in Angriff nehmen läßt.

Der erneut zur Abstimmung stehende SPD-Antrag, wonach Verordnungen des Reichskommissars für Preußen für ungültig erklärt werden sollen, scheiterte wiederum an der Beschlußunfähigkeit des Hauses, da nur 208 Karten abgegeben wurden.

Die Nichtannahme dieses Antrages, wie auch die Tatsache, daß der Reichskanzler Schleicher in seiner gestrigen Rundfunkrede ausdrücklich erklärte, der Preußenkommissar bleibe bestehen, beweisen erneut, daß die ganze Parlamentstätigkeit in Preußen für die Katz' ist. Da sich der Preußenkommissar nicht an die Beschlüsse des Landtages gebunden, sondern nur dem Reichspräsidenten gegenüber verantwortlich fühlt, so macht die Kommissarregierung, was sie will.

Bis 17. Januar vertagt

Berlin, 16. Dezember.

In der heutigen Sitzung des Preußischen Landtags nahm das Haus auf Vorschlag des Handelsausschusses einen kommunistischen Antrag an über die vertrauliche Behandlung von Mitteilungen von Betriebsräten über Mißstände in Bergwerksbetrieben, sowie einen sozialdemokratischen Antrag, der sich für die Aufrechterhaltung des Referates für Arbeiterinnen und Jugendliche im Handelsministerium einsetzt.

Das Haus vertagte sich dann auf den 17. Januar 13 Uhr. Der Präsident behielt sich vor, den Landtag vorher einzuberufen, wenn es die politischen Verhältnisse erfordern sollten.

Programm des SPD-Parteitages

Berlin, 16. Dezember.

VDZ. Der Parteiausschuß der sozialdemokratischen Partei trat am Freitag gemeinsam mit der Kontrollkommission der Partei zur Vorbereitung des kommenden Parteitages zusammen. Der Parteiausschuß stimmte dem Vorschlag des Parteivorstandes zu, den Parteitag am 12. März und den folgenden Tagen in Frankfurt/M. abzuhalten. Der Parteitag wird ein Bekenntnis zu den Lehren von Karl Marx (!) sein. Die Verhandlungen des Parteitages werden mit einem Vortrag des Abg. Dr. Hilferding über „Marx und die Gegenwart" beginnen. Es folgt ein politischer Bericht des Parteivorsitzenden und der Reichstagsfraktion über die Politik der Sozialdemokratie, den Wels erstatten wird. Ueber Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung wird der Abg. Aufhäuser sprechen. Abg. Dr. Breitscheid hält dann einen Vortrag über wirtschaftliche und politische Völkerverständigung. Den Geschäftsbericht des Parteivorstandes über den Stand der Parteiorganisation und der Parteifinanzen geben der Abg. Vogel und der Parteikassierer Crummenerl. Die Verhandlungen werden mit den Wahlen zu den leitenden Parteikörperschaften abgeschlossen.

In der Nachmittagssitzung befaßte sich der Parteiausschuß mit den in der Presse vielfach erörterten Differenzen in der Frage der Stellung zum Stülpnagel-Ausschuß. Diese Fragen wurden, wie es in dem parteiamtlichen Bericht heißt, im Parteiausschuß restlos beseitigt (Aber in welchem Sinne? Die Red.), so daß ein Streitpunkt darüber nicht mehr besteht.

Junger Soldat muß an die Front

Wir bringen hier eine Probe aus dem Roman „Der Kleine" von dem jungen französischen Schriftsteller **Dabit**. Die Szene spielt in einem **Soldatenpuff**, in dem „der Kleine", ein junger französischer Soldat, in seinen dienstfreien Stunden am Schanktisch geholfen hat. Dort, in dieser gewiß nicht „moralischen" Atmosphäre, findet er menschliches Verständnis und Hilfsbereitschaft.

Eine grölende Stimme beherrscht das Getöse:

„Ernestine, den nächsten Gang!"

Ich öffne die Tür zum Eßzimmer. Tavernier begrüßt mich, Herr Gaston wendet sich nach mir um.

„Wieder zu spät, Kleiner. Hast wohl tüchtig schuften müssen?"

Der Stuhl zu seiner Linken ist frei. Ich setze mich. Teller an Teller, Glas an Glas, Mensch an Mensch. Man stopft und trinkt sich voll. Es ist ein lärmendes Gelage. Dabei die Behaglichkeit des Familienlebens. Zwölf Mädchen, die mich duzen und verwöhnen, und denen ich kleine Gefälligkeiten erweise. Sympathische Wirtsleute. Ein Freund.

„Du machst ja ein Gesicht wie zehn Tage Regenwetter", sagt Herr Gaston. „Was hast du denn?"

„Schlechte Nachrichten von zu Hause. Mama hat keine Arbeit mehr, und fast jede Nacht gibt's Fliegerangriffe."

„Wenn deine Mutter kommen wollte? Wir suchen eine tüchtige Aufwärterin. Soll ich ihr schreiben?"

„Bitte. Aber das ist nicht alles. Ich gehe morgen früh zur Front."

„Au, verdammt . . ."

Er schlägt mit der Faust auf den Tisch, daß die Gläser klirren.

„Zuhören! Der Kleine verläßt uns, meine Damen."

Einen Augenblick sind alle ganz entsetzt. Dann bestürmen sie mich mit Fragen, schreien durcheinander. Man versteht kein Wort.

„Vielleicht habt ihr bald ausgeblökt", dröhnt Herrn Gastons Stimme dazwischen. „Aendern läßt sich die Sache doch nicht mehr."

Er legt seine mächtige Tatze auf meine Schulter.

„Mach dir nichts draus, Kleiner. Es dauert nicht mehr lange. Sekt, Ernestine!"

gehen in den großen Salon. Ich folge den

Die Tafel wird aufgehoben. Die Damen gehen in den großen Salon. Ich folge den Wirtsleuten und meinem Freunde in den Hinterraum.

„Mut, Kleiner", wiederholt Herr Gaston. „Man riskiert nichts bei der Artillerie."

„Du mußt uns recht bald besuchen", sagt seine Frau.

Tavernier brummt:

„Mir tut's leid, daß du abrückst. Bald bin ich dran."

Lily kommt, hinter ihr Jeanne, einen Finger auf dem Mund.

„Augen zu", flüstert sie.

Dann nimmt sie meine Hand und stopft etwas hinein. Ich schlage die Augen auf. Geldscheine. Einer, zwei, drei . . . . . siebzig Franken.

„Wir haben für dich gesammelt."

„Und hier hast du noch dreißig, dann ist ein Hunderter voll", sagt Herr Gaston.

Ich halte, ganz gerührt, ein kleines Vermögen in der Hand.

„Nun gib uns einen Kuß", sagt Jeanne.

Auf ihre mageren Wangen drücke ich zwei lange Küsse, so daß sie auflacht.

„Wo bleibe ich?" fragt Lily. „Wir werden doch nicht so auseinander gehen."

Ich berühre ihr Haar mit den Lippen. Aber sie hebt schnell den Kopf und küßt mich auf den Mund.

Vor meinen Augen dreht sich alles.

„Willst du mit ihr schlafen?" raunt mir Herr Gaston ins Ohr. „Ich, in deinem Alter . . ."

Und laut:

„Du gehst jetzt hinauf, Lily, und nimmst den Jungen mit. Er kommt sonst um vor Sehnsucht."

Sie legt ihren Arm um meine Schulter und führt mich fort. Ein Pärchen begegnet uns auf der Treppe. Türen öffnen sich, fallen ins Schloß. Mädchen, Soldaten streichen an uns vorüber.

„Hier wären wir", sagt Lily leise.

Ein Stübchen, fast ausgefüllt von dem großen Bett. In der Ecke eine Kommode mit einer Lampe, einem Krug, einem Waschbecken und Handtüchern. Ueber einer Stuhllehne das Flitterkleid, das ich so gut kenne.

„Achte nicht auf die Unordnung, Kleiner. Aber mit all den Soldaten, weißt du" . . .

Sie drückt mich an ihre Brust. Ich wende den Kopf ab.

„Soll ich auslöschen? So setze dich, ich ziehe mich indessen aus."

Es ist das drittemal, daß ich bei einem Mädchen bin. In Paris war es ein Metallbett mit Messingkugeln, die mich hypnotisierten. In Poitiers war es ein Mädchen mit einer Stumpfnase und Raubtierzähnen, das meine Taschen durchwühlte und mir mein Geld fortnahm. Immer diese Badezimmeratmosphäre, dieser Geruch nach Seife, Parfüm und Apotheke.

Lily wischt sich die Schminke vom Gesicht. Ich erkenne sie kaum wieder. Bisher sah ich sie immer so frisch und heiter, und jetzt, plötzlich, sehe ich sie müde und angewidert. Sie kämmt sich das Haar. Es fällt wellig über ihre Schultern. Ihre Bewegungen sind von einer schweren, machtvollen Zärtlichkeit.

Sie kommt, nackt unter dem Frisiermantel, der das leuchtende Fleisch ihrer Beine hervorschimmern läßt, auf mich zu. Ihre Augen sind durchsichtig, ihre Lippen, die mich verbrannten, bleich.

Schweigend sehen wir einander an.

Auf dem Tische steht eine Photographie. Ich nehme sie in die Hand.

„Mein Bruder", sagt Lily. „Er ist in den Argonnen. Auch er wird draußen bleiben."

Sie zieht mich sanft an sich.

„Ach, wenn du wüßtest, wie mich das alles anekelt! Die Männer . . . einer brutaler als der andere. Der Chef . . . nichts als schnauzen von früh bis abends. Und wie lange dauert's, bis man aussieht wie Jeanne?"

Sie stammelt meinen Namen, ist ganz Hingebung, und mich erfüllt eine Zärtlichkeit, wie ich sie noch nie gekannt habe. Immer wieder muß ich diese Lippen, diese durchschimmernden Lider betrachten und diese seidigen Wangen, und mir ist, als hielte ich meinen Blick auf das Leben selbst gerichtet.

„Ich liebe dich, Lily."

Ich küsse sie auf den Mund. Sie schlägt die Augen auf.

„Komm, zieh dich aus."

Wir schlüpfen ins Bett. Unbeschreibliches Glücksgefühl, Lilys Körper zu spüren, die Prallheit ihrer Brüste, den Duft ihres Haares. Sie löscht das Licht aus und flüstert im Dunkeln zärtliche Worte mit einer klagenden Stimme.

Ein fahler Lichtschein fällt durchs verhängte Fenster. Der Tag graut schon. Ich presse mich an Lily, berge mein Gesicht an ihrer Schulter.

„Du, mein Kleiner."

„Ach, behalte mich bei dir."

„Du kommst zu spät. Du mußt fort."

„Gib mir noch einen Kuß, den letzten . . . Ich habe Angst . . . Wirst du mir schreiben? Ich werde so einsam sein."

Sie legt ein nasses Tuch auf meine Stirn, streichelt meine Backen, trocknet meine Tränen.

„Jetzt aber auf, Kleiner."

Ich ziehe mich an.

Ich nehme ihr Gesicht in meine Hände und küsse es leidenschaftlich. Ich möchte mich demütigen vor ihr, die mein war mit Körper und Seele, ihr sagen, daß ich sie nie, nie vergessen werde.

Laßt dicke Frauen um mich sein!

Die italienischen Faschisten sind seit langem darum bemüht, sich eine Welt nach ihrem Bilde zu schaffen. Der wirtschaftlichen Herrschaft des Großkapitals, der politischen Herrschaft der faschistischen Bewegung entspricht der Versuch des Ausschlusses aller geistigen Einflüsse, die nicht vollständig der Stärkung der faschistischen Ideologie dienen. So müssen dem italienischen Botschafter in Washington alle amerikanischen Kriegsfilme, die in irgend einer Beziehung zu Italien stehen, vorgeführt werden. Von dem Ergebnis dieser Prüfung hängt es ab, ob die Filme überhaupt in Italien vorgeführt werden dürfen.

Diese Versuche die allgemeinen Anschauungen im Interesse der faschistischen Diktatur zu beeinflussen, zeitigen gradezu groteske Ergebnisse.

Mussolini ist gegen die schlanken Frauen. Seine erotischen Gefühle mögen ihm diese Stellungnahme diktieren, vielleicht auch, daß er den Umsatz an Lebensmitteln zu steigern wünscht. Jedenfalls hat er sich mit großem Elan für die „**Vollschlankheit**" eingesetzt. Und einen Feldzug gegen die schlanken Frauen eingeleitet. In Rom wurde in diesen Tagen ein Apotheker gezwungen, aus seinem Schaufenster sämtliche Reklamen für Abmagerungskuren zu entfernen. Man muß sagen, daß die italienischen Faschisten es verstehen, die Massen vom politischen und wirtschaftlichen Bankrott der kapitalistischen Wirtschaftsordnung der faschistischen Diktatur durch derartige Komödien abzulenken.

Aber noch deutlicher wird der Charakter des italienischen Faschismus, des Faschismus überhaupt, wenn man die soeben veröffentlichte Statistik des italienischen Buchmarktes untersucht. Bei weitem die größte Zahl aller in Italien erscheinenden Zeitschriften ist religiösen Inhalts. Es ist bezeichnend, daß diese Entwicklung erst seit etwa drei Jahren zu beobachten ist. Daß also die faschistischen Machthaber ganz besonders während der Wirtschaftskrise mit Hilfe der Religion die erregten Gemüter zu beruhigen versuchen. Bei den Büchern erscheinen die religiösen Schriften erst an dritter Stelle. Aber sie stehen in der Statistik noch vor den geschichtlichen und staatswissenschaftlichen Werken. Die Erkenntnis des gesellschaftlichen Seins ist im Lande der brutalsten faschistischen Diktatur unmodern, weil sie die bestehende Ordnung der Dinge gefährden könnte.

Wie scheint es schön, ein Bundesrat zu sein

Der reaktionäre Schweizer Bundesrat (Minister) Haberlin sagte kürzlich über den Führer der Genfer Sozialisten: „Ich betrachte Nicole als einen armen Menschen, um dessen **Ruhe ich** (?) **Mächte ich ihn nicht** beneide." Auf diese Aeußerung antwortet der Schweizer sozialistische Schriftsteller **Jakob Bührer** mit folgenden Versen:

Wie scheint es schön, ein Bundesrat zu sein
Sie müssen schlafen, wie's nur Götter können,
Man soll es ihnen aber nicht vergönnen,
Es gibt genug, die halbe Nächte schrein

Es gibt genug, die derzeit stundenlang
Sich auf dem Lager wälzen und sich fragen:
Wie soll ich zinsen, soll ich es ertragen,
Daß ich vom Hof muß? Oder . . . bleibt der Strang?

Es gibt genug, die fahren aus dem Schlaf,
Ins Dunkle starrend, wo just eine Pforte
Vor ihnen zuschlug und so scharfe Worte,
Wie „**Keine Arbeit, nein!**" den Jammer traf.

Es gibt genug an **Müttern**, jung und alt,
Die vom Vernachten bis zum frühen Morgen
Kein Auge schließen und sich quälend sorgen
Mit was man andern Tags das Brot bezahlt.

Und welche gibt es, die **das alles** traf,
Die an den Leiden **all der andern** leiden,
Die sind um ihre Nächte nicht zu neiden.
Jedoch ein Bundesrat schläft guten Schlaf.

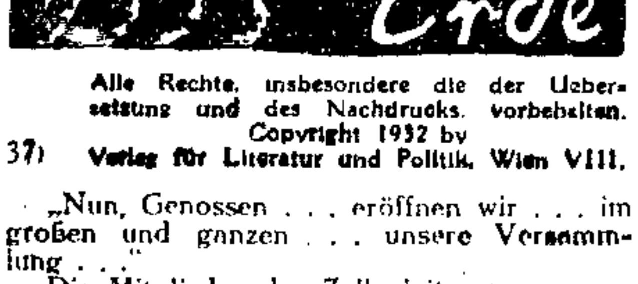
Das buch

Eugène Dabit: „Der Kleine." Roman. Mit 15 Zeichnungen des Verfassers. Verlag Kaden u. Comp., Dresden. In Ganzleinen 3,50 RM.

Dabit ist in der jüngeren französischen Schriftstellergeneration einer der begabtesten und anerkanntesten und bereits durch einen Preis für den besten „Volksroman" ausgezeichnet worden. In Deutschland ist sein Name bisher nur einem kleineren Kreis geläufig. Sein Uebersetzer Bernhard Jolles legt uns nun nach dem im vorigen Jahre ins Deutsche übertragenen „Hotel du Nord" (im gleichen Verlage erschienen) einen Roman vor, der das Kriegserlebnis der französischen Proletarier, eines fünfundvierzigjährigen Arbeiters, seiner Frau und ihres heranwachsenden Sohnes, der dann auch noch den Krieg aktiv mitmacht, widerspiegelt. Dabits große Stärke ist die Wahrhaftigkeit und schlichte Eindringlichkeit seiner Schilderung, die auf Pathos, Phantasie und ausgesprochene Tendenz verzichtet, um nur das Leben sprechen zu lassen. Den kleinen Inhalt des proletarischen Daseins (des politisch **nicht** organisierten Arbeiters), die Atmosphäre der Pariser Mietskaserne, die sexuelle Not der Frauen, deren Männer in den Krieg ziehen mußten, die Oede des Soldatenlebens, das Milieu eines Soldatenpuffs — all das kann man wohl nicht wahrheitsgetreuer schildern, als es Dabit tut. Vielleicht bleibt einzuwenden, daß, bei aller dichterischen Zartheit, eine letzte Wärme, das im Innersten Packende, fehlt; trotzdem gehört Dabit auch mit diesem Roman zu den sympathischsten Erscheinungen der jungen europäischen Literatur. Sein Werk verdient, auch in Deutschland ein breiteres Echo, eine größere Beachtung zu finden.

W. P.

Kauft den Arbeiter-Kalender „Roter Pionier" Preis 50 Pfg.



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

37)

„Nun, Genossen . . . eröffnen wir . . . im großen und ganzen . . . unsere Versammlung . . ."

Die Mitglieder der Zellenleitung waren — Natascha und ein Schlosserlehrling der Werkstatt, Pawlo, ein unsteter Bursche, mit unruhigen Händen, einem länglichen, blassen Gesicht, groß gewachsen, ein erwartungsvolles Lächeln in den Augen — geduldig kauten sie alle schon in der Parteizelle verarbeiteten Fragen durch. Mir wurde es unerträglich schwül. Die Jugend litt und war nicht imstande, etwas für sie Interessantes, Packendes auszudenken, damit junges, funkensprühendes, fröhliches Leben in ihre Angelegenheiten käme. Ich brach in ihre Arbeit ein und lehnte als Erstes die Tagesordnung ab.

„Laßt vorläufig eure Tagesordnung, Kinder. Wollen wir mal aufrichtig miteinander reden."

Tischka versuchte, mich mit Bankins Gesichtsausdruck anzublicken.

„Wieso, Genossin? . . . Man muß doch im großen und ganzen . . . durcharbeiten . . ."

Natascha lächelte wie eine Schlange und Pawlo lächelte in ungeduldiger Erwartung mit den Augen. Seine Hände wirbelten unruhig umher.

„Höre mal, lieber Tischka . . . gewöhn dir erstens dieses unsinnige „im großen und ganzen" ab, und zweitens komm zu dir, erwache und sei ein braver Kerl!"

„Wieso? Warum bin ich denn ein schlechter Kerl? — er wurde rot und verlegen, „Wir sind hier alle Jungkommunisten . . . und müssen . . . unsere Reihen festigen . . . für die Parteizelle . . ."

„Jetzt bist du ein schlechter Kerl, Tischka . . . ein Klotz, eine Vogelscheuche."

Natascha streckte ihre Hand aus, packte sein Haar und drehte sein Gesicht zu sich:

„Ich schau dich die ganze Zeit an, Tischka, und denke mir, warum bist du so ein Dummkopf? Ein Merinoschaf kann kein Rassehengst sein. Bankin ist eben Bankin. Und ein Rassehengst wird nicht nach seinem Kopf beurteilt. (Wir lachen.) Komm zu dir, du dummer Junge! Laß mich mal an deiner Stelle den Vorsitz führen, da wirst du Augen machen, was ich hier alles andrehe . . ."

Tischka brauste plötzlich auf, war gekränkt, es schien, als sei er plötzlich erwachsen geworden.

„Ach, das quatschst du nur so . . . mach, daß du fortkommst . . . spuck mir nicht in meine Suppe . . . Sonst pack ich dich bei den Beinen . . . und schupp fliegst du aus dem Fenster . . . Ach, du Heuschrecke du!"

Er packte Natascha an ihrem kurzgeschorenen Haar. Pawlo schlug mit den Händen auf die Knie und siedete förmlich vor Begeisterung. Natascha sprang auf und klopfte Tischka voller Freude auf den Rücken. Auch ich stand rasch auf und nahm am allgemeinen Tumult teil. Die geschäftliche Langweile war aufgewirbelt. Wie Kinder balgten wir miteinander bis zur Erschöpfung und als wir uns beruhigten, redeten wir offen, herzlich und warm miteinander über unsere Fehler. Die Versammlungen werden schlecht besucht, die Jugend bleibt nicht bis zum Schluß der Sitzungen und beschäftigt sich mit Klatsch. Einen Zustrom neuer Mitglieder gibt es überhaupt nicht. Die Jungkommunisten werden von Bankin an der Leine geführt, und Bankin hält wie ein strenger Onkel das ganze Aktiv in strengster Gehorsamsdisziplin.

Wir beschlossen vor allem, die Jugend durch Sport und Spiele anzulocken: durch Fuß- und Handball.

Ich übernahm die Aufgabe der Instruktoren im Turnen und Fußball. Natascha übernahm rhythmische Gymnastik, sie wollte die Arbeit, die sie mit den Kindern durchführte, auch bei der Jugend anwenden. Nachdem die Sache in Ordnung gebracht sein wird — und daran zweifelten wir nicht —, wollen wir Stoßbrigaden für verschiedene Arbeitsgebiete gründen.

„Und was geschieht mit Bankin? Er wird doch an unserer Freiheit sterben?"

„Hol ihn der Teufel! . . . Soll er nur ruhig seinen Sessel mit dem Hintern abwetzen, und das Papier mit dem Bart abwischen . . . wir machen uns auch an Bankin heran . . ."

Wir beschlossen, das Patronat über das Heim der Jugendlichen und die Schule zu übernehmen und eine Pioniergruppe zu organisieren.

Am nächsten Tag versammelten wir alle Jungkommunisten im Klub und besprachen gemeinsam alle unsere Beschlüsse. Und alle zwanzig Jungkommunisten explodierten vor stürmischer Begeisterung, es war, als hätten sie schon längst den jugendlichen Umsturz in ihrem Leben erwartet. An diesem Abend begannen die ersten Turnstunden. Durch Wjetrow bestellten wir in der Nähstube Turnanzüge und eine Woche später standen schon alle in Reih und Glied! Mädel und Burschen mit nackten Beinen und Armen. Mich unterhielt es, wie sie ganz kindisch ihre Turnkostüme bewunderten und stolz auf sie waren, wie auf Kriegstrophäen. Die Mädel schämten sich in der ersten Zeit, erröteten, aber an ihren Augen konnte man sehen, wie glücklich sie waren. Tischka war nicht wiederzuerkennen: sein Blut pulsierte, und er glich jetzt tatsächlich einem flinken Rassehengst.

Die Kommunare und Kommunarinnen drängten sich zu uns in den Klub und sahen überrascht die halbnackten Jungen und Mädchen an. Die Männer lachten, die Frauen stöhnten im panischen Schrecken, flüsterten miteinander und deckten ihre Münder verschämt mit den Schürzen zu. Die Jungkommunisten gingen mit Absicht ungezwungen und herausfordernd zu ihnen, umarmten und neckten sie.

Auch Bankin kam eines Tages, er stand lange teilnahmslos mit starren Blicken da und sah über uns hinweg. Dann trat er zu uns, und sein Bart wackelte unter einem Lächeln.

„He—he . . . im großen und ganzen . . . ja . . . Das ist fein! . . . Am liebsten möchte ich selbst die Hosen wegschmeißen . . . im großen und ganzen . . . feine Kerle seid ihr! . . . Schafft's weiter . . . Näht das Heft noch fester . . ."

Seine Stimme dröhnte gutmütig in den Bart hinein. Er fühlte sich wohl. Wir stürzten zu ihm und hoben ihn auf die Schulter.

Die Turnstunden hielten wir von sechs Uhr früh bis zum Frühstück im Hof ab. Die Kommunare kamen nicht aus dem Staunen: wieso erfrieren wir, Halbnackte, nicht in dieser herbstlichen Feuchtigkeit, wo wir uns doch eine ganze Stunde lang die Glieder brechen.

Ganz unauffällig zogen wir auch die parteilose Jugend heran. Fußball wurde zum täglichen Spiel.

Die Arbeit der Jungkommunisten war nun eine ganz andere: wir bearbeiteten jetzt selbständig alle geschäftlichen und wirtschaftlichen Fragen und ergriffen in den Angelegenheiten der Kommune selbst die Initiative. Jetzt haben wir schon vierzig Mitglieder. Wir kommandierten Schüler in die Werkstätten ab. Grischenja stellte eine Traktoren-Schülergruppe zusammen. Und im Herbst schicken wir fünf Jungkommunisten auf die Arbeiterfakultät, drei Burschen und zwei Mädchen.

Eifersucht

Eines Nachts, es war schon sehr spät, die Wände atmeten Schlaf, und ich wollte mich gerade niederlegen, kam Wjetrow zu mir. Ich erschrak über sein plötzliches, seltsames Erscheinen. Was ist er doch für ein unausstehlicher Mensch. Will er am Ende gar seine Kraft im Kampf mit mir als Frau beweisen? Er war nachlässig angezogen, als wäre er rasch vom Bett aufgestanden und hätte es sehr eilig gehabt.

„Was willst du, Wjetrow? Geh, bitte, ich will schlafen."

„Warte mal, schrei nicht. Ich schlief schon selbst und wurde aus dem Bett geholt. Die Schubins haben sich geprügelt. Dunjascha Schubin kam ganz wütend zu mir gelaufen und verlangte, daß ich die Sache sofort untersuche, komm mal rasch mit."

„Geprügelt? Warum?"

„Der Teufel kennt sich da aus. Ich glaube, der Bursche hat Eifersucht gespielt und ihr eine Backpfeife gegeben." (Fortsetzung folgt.)

Rechtsanspruch auf Gratifikation

Bekanntlich ist die Auszahlung von Weihnachts- oder Neujahrsgratifikationen eine in Angestelltenkreisen viel diskutierte und umstrittene Frage, die besonders gegenwärtig erhöhte Bedeutung hat. Die Gratifikationen wurden von den Unternehmern eingeführt zu dem Zwecke, die Unterwürfigkeit der Angestellten das ganze Jahr über zu erhalten, jeden Widerstand zu ersticken, weil sonst die Gratifikation am Jahresende gefährdet wird. Da Gratifikationen oft ohne vorherige ausdrückliche vertragliche Abrede gewährt werden, wird von Unternehmerseite vielfach die Auffassung vertreten, daß sie rechtlich lediglich als Schenkungen zu werten sind und daß darauf kein Rechtsanspruch besteht.

Für die Angestellten ist wichtig, daß durch verschiedene Arbeitsgerichts- und Reichsgerichtsurteile diese Auffassung grundsätzlich abgelehnt wird. „Gratifikationen sind zusätzliche Zahlungen, neben dem Gehalt gewährte Vergütungen, die der Arbeitgeber aus besonderem Anlaß oder bei besonderen Gelegenheiten dem Arbeitnehmer zukommen läßt" (Benzheimer Sammlung von Reichsgerichtsurteilen Bd. IV S. 155). Damit ist ausgesprochen, daß es sich nicht um eine Schenkung, sondern um eine Vergütung handelt.

Das trifft auch dann zu, wenn die Gratifikation auf Grund einer mehrjährigen Uebung stillschweigend gewährt wird. Ein Reichsgerichtsurteil sagt darüber: „Auch eine ohne bindende Zusage auf die Dauer gezahlte Gratifikation kann einen Rechtsanspruch erzeugen, insbesondere dann, wenn sie ohne Hinweis auf die Freiwilligkeit eine Reihe von Jahren hindurch regelmäßig ohne weiteres und vorbehaltlos ausbezahlt wird, oder wenn in dem Geschäft des Arbeitgebers die Uebung besteht, allen Angestellten ausnahmslos die Gratifikation zu zahlen." (Benzheimer Sammlg. Bd. VI S. 1/203.)

Für die Fälligkeit der Gratifikation ist die ausdrückliche oder stillschweigende Parteivereinbarung maßgebend. Weihnachtsgratifikationen sind allgemein zu Weihnachten, Abschlußgratifikationen zum Geschäftsabschluß zahlbar. Das Reichsarbeitsgericht sagt hierzu: „Das Recht auf die Gratifikation wird erworben in dem Zeitpunkt, in dem die Gratifikation regelmäßig verteilt wird. Der Arbeitgeber kann dann die Gewährung von einer weiteren Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses nicht abhängig machen. (Benzh. Sammlg. Bd. VII S. 507.) Damit ist auch gleichzeitig die Frage beantwortet, ob ein vorzeitig Ausscheidender einen Teilanspruch auf Gratifikation nach der Dauer der Zugehörigkeit zum Betriebe des Unternehmers während des Jahres erheben kann. Das Reichsarbeitsgericht verneint diese Frage."

Das Reichsarbeitsgericht hat den Gratifikationsanspruch als zusätzliche Leistung, neben dem Gehalt gewährte Vergütung, bezeichnet. In konsequenter Anwendung dieses Rechtssatzes sagt es deshalb auch, daß Gratifikationen auf das Tarifgehalt nicht angerechnet werden dürfen.

KPD und Kleinbauerntum

Bocholt i. Westf., 15. Dezember.

„Zur Vorbereitung der proletarischen Revolution ist es notwendig, den größten Teil des Kleinbauerntums für uns zu gewinnen und ferner, einen Teil der Mittelbauern zu neutralisieren. (Lenin, die Rolle der Partei in der proletarischen Revolution.)

In den Richtungskämpfen innerhalb der KPD hat denn auch immer schon die Bauernfrage eine sehr große Rolle gespielt. Die KPD-Führung ist jedoch in den letzten Jahren in dieser Frage, wie auch in so vielen anderen, einen vollkommen falschen Weg gegangen. Das Kleinbauerntum für den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung zu gewinnen oder aber es wenigstens zu interessieren, ist eine Notwendigkeit, die uns u. a. auch Lenin gelehrt und gezeigt, dessen Weg jedoch von der KPD-Führung vollkommen verlassen worden ist. Die KPD hat daher auch keinerlei nennenswerten Einfluß innerhalb des Kleinbauerntums, und daher war es auch nur dem Phraseur Hitler in den letzten Jahren möglich, seinen Siegeszug auf dem platten Lande vorzunehmen. Wenn schon die KPD innerhalb der Arbeiterschaft versagte, auf dem platten Lande hat sie eine vollkommene Niederlage erlitten, welche in der kommenden Situation sich zu einer Katastrophe auswirken wird.

Daß die KPD in dieser Hinsicht auch in der Zukunft nichts lernen will, beweist uns nachstehender Vorfall, der sich in nächster Nähe abgespielt, und der doch vor allem den KPD-Mitgliedern die Augen darüber öffnen muß, zu welch' klassenverräterischen Politik sie mißbraucht werden.

In Anholt wurde vorige Woche ein größeres Bauerngut zwangsversteigert. Die KPD, Unterbezirksleitung Oberhausen, hatte ihre Mitglieder von Bocholt, Rees Empeln und Emmerich aufgefordert, daran teilzunehmen, und wenn möglich die Versteigerung zu verhindern.

Die Nazis hatten jedoch ebenfalls ihre SA und SS der Umgegend mobilisiert, um auch ihrerseits die Zwangsversteigerung zu verhindern, da der betr. Großbauer Mitglied der NSDAP war.

Was aber wurde in der Wirklichkeit daraus?

KP-disten und Nazis, die die Zwangsversteigerung verhindern sollten, verhinderten nicht die Zwangsversteigerung, sondern sie verhinderten in Wirklichkeit nur, daß die kleinen Bauern der Umgegend für wenig Geld die für sie notwendigen Sachen kaufen konnten und sorgten weiter dafür, daß der Fürst von Salm-Salm — der in höchst eigener Person anwesend war — die so zur Versteigerung gelangten Sachen für ein Fünftel des eigentlichen Wertes erlangen konnte.

Der Fürst in eigener Person schnauzte noch ein Mitglied der KPD an — er glaubte, es sei ein Nazi — „warum haben Sie keine Uniform angelegt, es ist doch an alle der Befehl ergangen, in Uniform hier zu erscheinen".

In trauter Einheitsfront gaben sich KP-disten mit SA und SS Zigaretten und rauchten sie während der Zwangsversteigerung friedlich und schiedlich zusammen, indem sie gemeinsam die Schutzgarde für den Fürsten Salm-Salm darstellten.

In trauter Einheitsfront zogen sie dann nach der Versteigerung gemeinsam durch das Städtchen Anholt, zum Gaudium des Fürsten und dessen Kliquel

Bocholter KPD-Genossen, die ihr euch an dieser Aktion mitbeteiligt habt, ihr den von euch geleisteten Schwur am offenen Grabe des von den Nazis ermordeten Klassengenossen Hermann Tenbrink vergessen? „Hermann, wir rächen dich!"

KPD-Genossen! Die Politik, die ihr macht, ist die Politik des Klassenverrats! Ist die Politik des Wahnsinns! Von den Nazis trennt uns als klassenbewußte Arbeiter eine unüberbrückbare Kluft. Gemeinsame Aktionen mit ihnen bedeutet, sich auf die Seite des Klassenfeindes stellen und die Arbeiter und kleinen Bauern verraten. Macht ehrliche Einheitsfrontpolitik, aber keine Einheitsfront mit unseren Klassenfeinden, sondern herstellen die Kampffront der revolutionären Arbeiterschaft.

Brandkatastrophe in Tokio

Tokio, 16. Dezember.

Mitten im Geschäftsviertel der Stadt brach in einem Hochhause, dessen acht Stockwerke von Verkaufsläden eingenommen werden, ein furchtbares Feuer aus. Zahlreiche Kunden und Verkäuferinnen wurden von einer Panik ergriffen und flüchteten auf das Dach des Gebäudes. Die Feuerwehr rückte sogleich mit ihrer gesamten Macht an und arbeitete fieberhaft, um die Eingeschlossenen zu befreien. Polizei und Militär mußten aufgeboten werden, um die ungeheuren Menschenmassen in Ordnung zu halten, die die Neugier herbeigezogen hatte. Fünf Militärflugzeuge warfen Rettungsgerät auf das Dach ab. Die Zahl der Todesopfer des Warenhausbrandes beträgt vierzehn, 50 Personen sind schwer verletzt worden. Der Brand ist gelöscht. Der Schaden wird auf 5 Millionen Yen geschätzt.

Arbeitslosenelend in Ostpreußen

(Eigener Bericht der „SAZ")

Königsberg, 16. Dezember.

CNB. In welcher Notlage sich Ostpreußens Arbeiterschaft befindet, zeigt die dauernde Verschlechterung des Beschäftigungsgrades. Am größten ist die Arbeitslosigkeit in Elbing, wo in der zweiten Novemberhälfte wiederum 1600 Arbeitslose zu der schon bekannten Arbeitslosenziffer hinzukamen. In Marienburg bzw. Allenstein und Tilsit betrugen die Plusziffern 1500, 1300 und 1200 Zugänge. In Königsberg hat sich die Zahl der vom Wohlfahrtsamt in offener Wohlfahrtspflege Unterstützten im Oktober bereits auf 25 291 erhöht. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger bei der Abu und Kru betrug am 15. September d. J. in Königsberg 10 035. Hinzu kommt die Zahl der Zuschlagsempfänger, hierunter sind Frauen und Kinder zu verstehen, mit 12 386. Rechnet man für die Zahl der Familienangehörigen der vom Wohlfahrtsamt laufend Unterstützten nur 2 Personen je Partei, so werden in Königsberg zur Zeit vom Wohlfahrts- bzw. Arbeitsamt laufend rund 73 000 Personen bar unterstützt, d. h. ein Viertel der gesamten Königsberger Bevölkerung ist Unterstützungsempfänger.

Königsberger Theateretat gestrichen

(Eigener Bericht der „SAZ")

Königsberg, 16. Dezember.

CNB. Eine Sensation brachte die letzte Königsberger Stadtverordnetensitzung. Waren die Gemüter schon vor der Sitzung in bezug auf die zu genehmigenden Theaterzuschüsse in Wallung geraten, so brach während des Sitzungsverlaufes bei allen bürgerlichen Parteien eine Panik aus. Der Magistrat der Stadt Königsberg beantragte nämlich, die Stadtverordnetenversammlung solle sich damit einverstanden erklären, daß in die städtischen Haushalte 1933 und 1934 als Zuschuß für die beiden Königsberger Theater von jährlich 300000 Mark eingestellt werde.

Der Magistratsreferent versuchte an Hand eines großen Zahlenmaterials nachzuweisen, welche Schäden durch die Schließung der Theater der Stadt Königsberg entstehen würden. Und nun setzte ein Kampf zwischen links und rechts ein, der äußerst scharfe Formen annahm, und der zu dem Ergebnis führte, daß die namentliche Abstimmung eine Ablehnung des vom Magistrat eingebrachten Antrages ergab. Gegen die Theaterbeihilfe stimmten Kommunisten, Sozialdemokraten und von den bürgerlichen Parteien die Christlich-Sozialen, sowie der anwesende Nationalsozialist. Das Ergebnis betrug 32 gegen 23 Stimmen.

Eisenbahnunglück infolge Ueberschwemmung

Acht Tote, 15 Schwerverletzte

Paris, 16. Dezember.

Südfrankreich ist gegenwärtig von einer Hochwassergefahr bedroht. Namentlich die Gegend von Perpignan ist schwer heimgesucht. Infolge der steigenden Wasser entgleiste heute der Pariser Schnellzug bei Maury (Arondissement Perpignan). Ein Wagen wurde vollkommen zertrümmert. Acht Personen, darunter der Heizer, kamen ums Leben. 15 Reisende wurden schwer verletzt.

Beachtet unsere Inserate

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; Inserate Herbert Scholz Breslau; Verlag Max Rausch Breslau Lohndruck Th Schatzky A-G. Breslau Neue Graupenstraße 7.

Expedition: Breslau Kleine Holzstraße 3 Treppe Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebuhr Breslau 6. Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto-Nr 102 92

Redaktion: Breslau Kleine Holzstraße 3 I Treppe Telephon 206 02.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM 1.30 Porto monatlich.

Eine wertvolle Arbeiterbibliothek für den Weihnachtstisch für nur 10,- RM.

Um den revolutionären Hand- und Kopfarbeitern die Möglichkeit zu bieten, sich trotz der trostlosen ökonomischen Verhältnisse eine Bibliothek, darstellend wichtige revolutionäre Geistesmunition, einzurichten, gibt der Verlag der „Aktion" zwei Serien seiner Verlagspublikationen — eine politische und eine literarische —, die im Buchhandel zusammen über 60 RM kosten, für nur 10 RM. ab.

Die Reihe der politischen Schriften enthält:

Karl Liebknecht. Briefe aus dem Felde, dem Gefängnis und dem Zuchthause.
Garter. Historischer Materialismus.
Leo Trotzki. Wer leitet die Kommunistische Internationale?
Leo Trotzki. Die permanente Revolution (ein Werk das jeder Marxist studieren sollte).
Leo Trotzki. Anklagen aus der Verbannung
Leo Trotzki. Die Lehren des Oktober.
Leo Trotzki. Die Fälschung der Geschichte der Oktoberrevolution.
Leo Trotzki. Ueber den Fünfjahrplan. (Erfolge des Sozialismus und Gefahren des Abenteurertums).
Leo Trotzki. Die Wendung der Kommunistischen Internationale und die Lage in Deutschland.
Lunatscharski. Die Kulturaufgaben der Arbeiterklasse.
Karl Liebknecht - Rosa Luxemburg-Gedächtnisheft.
Lenin. Die nächsten Aufgaben einer Sowjetmacht.
Lenin. Kundgebungen.
Rosa Luxemburg. Die russische Revolution (Aktionsdruck)
Marx-Engels Der Bürgerkrieg in Frankreich
John Most. Für die Einheitsfront des revolutionären Proletariats.
Max Herrmann. Die bürgerliche Literaturgeschichte und das Proletariat.
René Marchand. Warum ich mich der sozialen Revolution angeschlossen habe.
Sadoul. Ueber Sowjetrußland
Johannes R. Becher: An Alle
Oskar Kanehl Revolutionäre Manifeste.
Franz Mehring. Aufsätze zur Kriegszeit.
Tobler-Christinger. Probleme des Bolschewismus.
Fritz Brupbacher (Zürich). Marx und Bakunin. (Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiter-Internationale.

Die Reihe der literarischen Werke enthält:

Kurd Adler Gesammelte Lyrik
Anthologie jungster tschechischer Lyrik.
Ludwig Baumer. Das jüngste Gericht.
Gottfried Benn Der Vermessungsdirigent.
Gottfried Benn. Diesterweg.
Josef Capek Der Sohn des Bösen (Novellen).
Der Hahn. Französische Lyrik in deutscher Nachdichtung von Däubler
Max Herrmann Emile Zola, der Dichter des revolutionären Proletariats.
Karl Jakob Hirsch. Revolutionäre Kunst.
Jakob van Hoddis. Weltende.
Victor Hugo Ueber Voltaire.
Franz Jung Saul (Drama)
Franz Jung Opferung (Roman).
Franz Jung. Sprung aus der Welt (Roman).
Franz Jung. Joe Frank illustriert die Welt.
Tarssoff Rodionoff. Schokolade. Roman a. d. Oktober-Revolution.
Oskar Kanehl. Die Schande. Gedichte eines Zwangssoldaten der „Großen Zeit".
Wilhelm Klemm. Aufforderung (Lyrik).
Der Kriegskapitän Doktor Alfred Kerr am Prangen
Karl Otten Erhebung der Herzens.
Charles Péguy. Aufsätze
Franz Pfemfert. 1914/1 Antikriegslyrik).
Maximilian Rosenberg. Umwelt (Gedichte).
Maximilian Rosenberg. Der Soldat (Erzählung).
Otto Rühle. Das kommunistische Schulprogramm
Sawaty. Das Buch in Saffian (Roman).
Heinrich Schaefer. Drei Erzählungen
Heinrich Schaefer. Gefängenschaft (Roman).
Carl Sternheim. Prosastücke.
Carl Sternheim Die deutsche Revolution
Claire Studer. Mitwelt

Es steht dem Besteller frei, nur eine Reihe zu beziehen zum Preise von 5.— RM. Aber eine Auswahl aus der Auswahl zu treffen ist nicht von Einfluß auf den Gesamtpreis, denn die regulären Preise der Werke sind nicht aufgehoben! Wer z. B. nur Liebknechts „Briefe aus dem Felde, dem Gefängnis und dem Zuchthause" bestellt, hat für dieses Werk 2,50 RM. zu zahlen; wer Liebknecht und Trotzkis „Permanente Revolution" bestellt, muß schon für diese zwei Bücher mehr als fünf Mark ausgeben. Rabatt kann auf die Reihenpreise natürlich nicht gewährt werden.

Dieses Angebot gilt nur soweit der sehr geringe Vorrat reicht!

Bestellungen sind zu richten an die Buchversandabteilung der „Aktion", Berlin-Wilmersdorf. — Versand gegen Voreinsendung oder unter Nachnahme des Betrages zuzüglich Nachnahmespesen.

Reunion 8 B
6 Stück 20 Pfg.

Stettin
Feinbäckerei und Konditorei
Gustav Tillack
Stettin, Grenzstraße 19
Täglich frische Backwaren jeder Art

das wertvollste geschenk ist ein buch

wir haben einen buchvertrieb angegliedert und halten gute und preiswerte bücher auf lager

z. b.: dr. fritz sternberg, der niedergang des kapitalismus, ganzleinen, 400 seiten, ladenpreis mk. 9.00 . . . . . mk. 4.50
m. n. roy, revolution und konterrevolution in china, broschiert, 480 seiten . . . . . mk. 2.—
upton sinclair, 100 prozent, sumpf, jimmie higgins, je mk. 1.90
kollontay, wege der liebe . . . . . mk. 1.90
ilja ehrenburg, trust d.-c. . . . . mk. 1.90
s. j. v.-kalender, „roter pionier", 160 seiten . . . . mk. 0.50
paul frölich, was will die s. a. p. . . . . mk. 0.10
tarassoff, rodionoff, schokolade, roman, gebunden, broschiert
leo trotzki, permanente revolution, broschiert
oskar kanehl, straße frei, gedichte, broschiert
karl marx, der bürgerkrieg, broschiert
karl liebknecht, briefe, broschiert
u. lenin, die nächsten aufgaben der sowjetmacht

und andere in allen preislagen

S.a.Z.-buchvertrieb, breslau 6
kleine holzstraße 3I.

Bolschewistisches oder sozialistisches Organisationsprinzip?

Von August Siemsen

Das Hauptargument, das man von seiten der SPD wie der KPD gegen die Sozialistische Arbeiter-Partei seit ihrem Bestehen ins Feld geführt hat, lautet: Für euch ist kein Platz zwischen uns; ihr seid und bleibt zwischen reformistischer und revolutionärer Partei eine höchst überflüssige Splitterpartei.

Wenn wir darauf antworten, daß wir ja gar nicht zwischen reformistischer und revolutionärer Organisation stehen, sondern im Gegenteil uns als die revolutionäre marxistische Partei betrachten, die die KPD nicht ist, so würde das noch kein hinreichender Grund für die Existenznotwendigkeit der SAP sein. Erst die Tatsache, daß der revolutionäre Marxist weder in der SPD noch in der KPD für die Durchsetzung seiner Auffassungen mit Hoffnung auf Erfolg kämpfen kann, da in beiden Parteien die verselbständigte Bürokratie die Opposition, sobald sie ihr gefährlich wird, unterdrückt und ausschließt, erst dieser Tatbestand machte und macht die Sozialistische Arbeiterpartei zu einer Notwendigkeit.

Es war deshalb auch kein Zufall, daß bei der Gründung und in den Anfängen unserer Partei die Forderung weitestgehender innerparteilicher Demokratie im Vordergrund stand. Nie wieder Apparat- oder Führerdiktatur! Unbedingte Sicherung des entscheidenden Bestimmungsrechts der Mitgliedschaft! Das war die allgemeine Auffassung. Ja, in einer seltsamen Ueberspannung dieser demokratischen Grundsätze ist es nicht selten vorgekommen, daß einzelne oder Organisationsteile glaubten, auch in Aktionen der Partei sich separieren und eigene Wege gehen zu dürfen. Diese Genossen verkannten, daß Disziplin in der Aktion gerade das Korrelat zur innerparteilichen Demokratie ist. Diese Demokratie in der Partei gibt jedem die Gewähr, daß er unbehindert für seine Auffassung in der Partei werben und somit hoffen kann, daß die Güte seiner Auffassungen, daß das Gewicht seiner Gründe sich in der Partei durchsetzt. Gerade diese innerparteiliche Demokratie verpflichtet aber andererseits zur Innehaltung der Aktionsdisziplin, ohne welche die Partei nicht bestehen könnte.

Die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten, die heute in der Partei zu einer Entscheidung drängen, gehen also nicht darum, ob Disziplin in der Aktion zu herrschen hat. Ueber diese Notwendigkeit hat es im Parteivorstand keine Differenzen gegeben außer mit den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Duby und Seigewasser, die die SAP unter Verletzung der Aktionsdisziplin zum Wirkungsfeld ihrer kommunistischen Zersetzungstätigkeit machen zu können glaubten. Vielmehr geht der Kampf um nichts geringeres als um die innerparteiliche Demokratie selbst, die uns bei der Begründung der Partei als Selbstverständlichkeit erschienen ist, und die zu retten heute Aufgabe der Mitgliedschaft sein sollte, da ohne sie — wenigstens ist das die Ueberzeugung der Parteivorstandsmehrheit — die SAP ihre geschichtliche Aufgabe nicht erfüllen kann.

Die Genossen von der KPO vertreten durchaus entgegengesetzte Auffassungen über die Prinzipien einer revolutionären proletarischen Partei. Sie haben einige führende Genossen für ihre Auffassungen gewonnen und sie versuchen, mit den ihnen geläufigen Methoden fraktioneller Arbeit die Organisation zu erobern. Gegenüber diesen Bestrebungen hat nunmehr die Parteivorstandsmehrheit die Mitgliedschaft aufgerufen. Bei den einzelnen Vorkommnissen, die in den letzten Wochen zur Diskussion standen, und über die die Mitgliedschaft zum Teil durch das Mitteilungsblatt orientiert worden ist, handelt es sich nur um symptomatische Erscheinungen in diesen innerparteilichen Auseinandersetzungen. Es kommt nunmehr darauf an, daß die Parteimitglieder sich ein möglichst klares Bild von den eigentlichen Meinungsverschiedenheiten machen.

„Ideologische Einheit" auf der Grundlage der Prinzipienerklärung und „demokratischer Zentralismus", das fordern KPO-Gruppe und Parteivorstandsminderheit; „Dogmatismus" und „Parteidiktatur", das glaubt die Parteivorstandsmehrheit bekämpfen zu müssen. Beide Forderungen ebenso wie ihre Ablehnung stehen im engsten Zusammenhang.

Bei dem Streit um die Rolle und Bedeutung der Prinzipienerklärung muß zunächst festgestellt werden, daß im Parteivorstand nie ein Streit um dieselbe geführt worden ist. Sie wird erst neuerdings in den Mittelpunkt der innerparteilichen Diskussion gerückt, indem man erklärt, daß die Partei jetzt endgültig zu ideologischer Klarheit und Einheitlichkeit kommen müsse. Diese sei in der Prinzipienerklärung gegeben, die nicht nur Richtschnur für Aktionen sein müsse, sondern deren unbedingte Anerkennung zu fordern sei von allen, die maßgebende Funktionen in der Partei bekleideten oder als Kursusleiter usw. in der Partei tätig seien.

Man beruft sich bei diesen Forderungen auf den Parteitag, der die Prinzipienerklärung mit großer Mehrheit angenommen habe. In Wahrheit aber fälscht man die Meinung des Parteitages mit dieser Forderung um. Wie war es denn? Da man sich nicht über ein Programm einigen konnte, wurde sehr schnell eine Prinzipienerklärung ausgearbeitet, um eine Aktionsgrundlage zu schaffen. Ohne daß sie genügend durchdiskutiert worden wäre, wurde sie von der Mehrheit des Parteitages angenommen. Ausdrücklich aber ist dann nach der von der Genossin Anna Siemsen abgegebenen Erklärung von dem Parteitagsvorsitzenden als Meinung des Parteitages und ohne Widerspruch festgestellt worden, daß die Prinzipienerklärung zwar Grundlage für die Aktion sein müsse, im übrigen aber Diskussionsfreiheit über die Prinzipienerklärung garantiert werde.

Obwohl nun inzwischen die SAP durch andere Aufgaben so stark in Anspruch genommen war, daß eine Diskussion über die Prinzipienerklärung in breitestem Umfange und unter aktiver Beteiligung der Mitgliedschaft nicht möglich war, soll jetzt die Prinzipienerklärung im Gegensatz zur Geschichte ihrer Entstehung und zum Willen des Parteitages endgültige Bindung sein. Es kommt hier nicht darauf an, ob man der Prinzipienerklärung hundertprozentig zustimmt oder nicht. Es handelt sich um die ganz andere Frage, ob die erstrebenswerte ideologische Einheit der Partei diktiert und erzwungen werden kann, oder ob sie am Ende einer auf Grund breiter Diskussion und Schulungsarbeit unter aktivster Teilnahme der Mitgliedschaft sich vollziehenden Bewußtseinsklärung stehen muß. Bolschewistische oder sozialistische Methode, Diktat von oben oder Aktivität unten, das ist hier die Frage.

Derselbe Gegensatz besteht in der Frage des Verhältnisses von Parteileitung und Mitgliedschaft. Die Genossen von der KPO treten für den „demokratischen Zentralismus" ein. Das tut auch die KPD, das tun alle kommunistischen Gruppen und Sekten. der Nachdruck liegt aber bei allen auf dem Wort Zentralismus. Es ist geradezu das charakteristische, mit der bolschewistischen Auffassung von der Rolle der Partei eng zusammenhängende Organisationsprinzip, daß wie die kleine, aber reine Partei die revolutionäre Vorhut des Proletariats, so die geschultesten und im Vollbesitz der allein richtigen marxistischen Erkenntnis befindlichen, den Generalstab der kommenden Revolution bildenden Genossen die Parteiführung haben müssen. Diese Parteiführung hat entschieden auf die Reinhaltung der Lehre zu achten. Gewiß sollen nach Auffassung der KPO-Genossen die Mitglieder diskutieren dürfen, gewiß ist man eifrig bemüht, in Kursen und Diskussionen den Mitgliedern die richtige Auffassung beizubringen. Aber das ist nach unserer Ueberzeugung noch längst keine innerparteiliche Demokratie.

Bei der innerparteilichen Demokratie liegt das Schwergewicht in der Mitgliedschaft, nicht in der Zentrale. Aktivität und Selbstbestimmung der Mitgliedschaft, Wirkung von unten nach oben, das verstehen wir unter innerparteilicher Demokratie, nicht Bevormundung und Gängelei. Man kann geschickt bevormunden und gängeln und man kann brutal diktieren. Im Effekt kommt es auf dasselbe hinaus. Sicher sind die Genossen von der KPO bestrebt, der Mitgliedschaft das Gefühl zu lassen, als bestimme sie selbst. Aber ihre Schulungsarbeit hat den Zweck, die richtige bolschewistische Erkenntnis, in deren Besitz sie sich glauben, der Mitgliedschaft zu vermitteln, während wir glauben, daß es der eigentliche Sinn jeder Schulungsarbeit ist, die Genossen zur eigenen kritischen Stellungnahme unter Anwendung der marxistischen Methode zu befähigen.

Viele Genossen, die geneigt sind, den dogmatischen und zentralistischen Prinzipien der KPO zuzustimmen und damit die ursprünglichen Grundlagen der SAP preiszugeben, tun das in dem Wahn, daß dadurch die innere Festigkeit der Partei, ihre Wirkungsmöglichkeit im Proletariat und ihre Aktionsfähigkeit gesteigert und gewährleistet würde. Alle Erfahrungen aber beweisen, daß das ein verhängnisvoller Irrtum ist. Diese bolschewistischen Prinzipien haben zu den Fraktions- und Kliquenkämpfen in den kommunistischen Parteien und Sekten geführt. Denn die Aufgabe der innerparteilichen Demokratie zwingt Andersdenkende, auf dem Wege der Fraktionsbildung zu erreichen, was durch offenen Meinungskampf auf der Grundlage demokratischer Gleichberechtigung nicht möglich ist. Frölich und Walcher und ihre Freunde haben darin so reiche Erfahrungen, die Fraktionsarbeit ist ihnen so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie diese fraktionelle Tätigkeit auch in die SAP hineinverlegt haben, obwohl in ihr bei der weitgehenden innerparteilichen Demokratie die Voraussetzungen dafür nicht gegeben waren, und obwohl diese Fraktionsarbeit im Rahmen der SAP nur verwirrend und zersetzend wirken kann.

Dogmatismus und Zentralismus verbürgen aber auch keineswegs stärkere Wirkungsmöglichkeit in den Massen des Proletariats. Auch das beweisen die Erfahrungen, die man überall mit den bolschewistischen Organisationsmethoden im westeuropäischen Proletariat gemacht hat. Und dabei macht es keinen Unterschied, ob offizielle kommunistische Partei oder oppositionelle Gruppe! Beide isolieren sich durch die Engherzigkeit und den Zentralismus von den Massen. Was Starrheit und Führerdiktatur hier anrichten, wird bei der KPD nur bis zu einem gewissen Grade durch den uferlosen Opportunismus, dem sie gleichzeitig huldigt, ausgeglichen. Aber dieser verantwortungs- und grundsatzlose Opportunismus bei der Agitation in den Massen führt letzten Endes ebensowenig zu wirklicher Aktionsfähigkeit wie die dogmatische Engherzigkeit und die Diktatur innerhalb der Partei. Ohne solchen verwerflichen Opportunismus aber führen die bolschewistischen Organisationsprinzipien mit Notwendigkeit zum Sektierertum.

Wir haben heute in Deutschland neben der offiziellen Komm. Partei noch die KPO, die Urbahnsgruppe und die Trotzkisten. Alle diese Gruppen huldigen den bolschewistischen Organisationsprinzipien. Jede von ihnen ist überzeugt, die allein richtige bolschewistisch-leninistische Auffassung zu vertreten, auf der allein richtigen Generallinie zu marschieren; jede wirft der anderen Abweichungen von der richtigen Erkenntnis und dem richtigen Wege vor. Alle aber bleiben Sekten, deren Diskussionen nicht uninteressant und nicht unwichtig, deren praktische Wirkungsmöglichkeiten aber gleich null sind. Die Frage ist die, ob die SAP diese kommunistischen Sekten um eine weitere vermehren soll.

Der Unterschied zwischen KPO-Mehrheit unter Brandler-Thalheimer und KPO-Minderheit unter Frölich-Walcher bestand in der Hauptsache in der verschiedenen Beurteilung der SAP. Die einen wollten die SAP von außen zersetzen, die anderen wollten sie von innen erobern. Wenn die Eroberung von innen gelingt, dann besteht eigentlich nur noch Meinungsverschiedenheit darüber, ob man in der Form der organisierten Opposition oder einer eigenen Partei die richtige bolschewistische Linie gegenüber den Irrtümern und Fehlern der offiziellen kommunistischen Partei vertreten soll. Aber ob man sich dann wieder vereinigt, oder ob man weiter getrennt bleibt, wird nur den Unterschied machen, daß es eine kommunistische Sekte mehr oder weniger gibt.

Ihrer Aufgabe der Revolutionierung durch Bewußtseinsklärung und der nur dadurch möglichen Neuformierung des deutschen Proletariats aber kann die SAP nur dann gerecht werden, wenn sie auf Grund der Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit Führerdiktatur und dogmatische Engherzigkeit ablehnt, wenn sie die innenparteiliche Demokratie gegen alle Tendenzen zur Verapparatung und zur Ketzerriecherei verteidigt. Einig in der Ablehnung des Reformismus, einig in der Bejahung der Grundsätze des revolutionären Marxismus brauchen wir nach wie vor Meinungsfreiheit und Weitherzigkeit, brauchen wir die lebendige, aktive und bestimmende Mitwirkung der Mitgliedschaft, brauchen wir, mit einem Worte, innerparteiliche Demokratie. Nur sie kann die Grundlage für kameradschaftliches und vertrauensvolles Zusammenwirken sein, nur sie schafft zugleich die Voraussetzungen für Wirkungsmöglichkeiten in den breiten Massen des Proletariats.

Dogmatismus und Freiheit der Kritik

Von J. Thomas

Die vom Parteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei angenommene Prinzipienerklärung schließt mit folgenden Sätzen:

„Um ihrer Aufgabe zu genügen, muß die revolutionäre Partei in ihren Reihen den demokratischen Zentralismus verwirklichen, der besteht in der Einheitlichkeit der grundsätzlichen Auffassungen, in der Initiative und Verantwortung der Führung, in einem Organisationsaufbau, der die beständige Kontrolle und Beeinflussung aller leitenden Organe bis zum Parteivorstand und ihrer politischen und organisatorischen Entscheidungen durch die Mitglieder und unteren Organe sichert, sowie in der disziplinierten Durchführung aller Aktionen."

Zu dieser Prinzipienerklärung, die sich die Partei gegeben hat, erklärten auf dem Partei-

tag die Genossen Siemsen, Kleineibst, Kaiser, Ziegler, Lewy u. a. die

„sie die mit Mehrheit angenommene Prinzipienerklärung als Ganzes und in allen Einzelheiten als Diskussionsgrundlage für das endgültige Programm betrachten, und daß sie weiter hinter die Freiheit der Genossen eintreten, für die in einzelnen Prinzipienerklärungen niedergelegten Grundsätze als Richtlinien für ein endgültiges Programm sich einzusetzen und zu kämpfen. Sie geben diese Erklärung ab zwecks Sicherung der innerparteilichen Demokratie und Diskussionsfreiheit."

Das bedeutet im Wesen die Ablehnung der Prinzipienerklärung, das bedeutet, daß die Prinzipienerklärung „anerkanntermaßen einen provisorischen Charakter trage" (Anna Siemsen, „Der Klassenkampf" 1932, Nr. 6, S. 179) und widerspricht der Auffassung der überwältigenden Parteimehrheit, wonach „Prinzipienerklärung und Aktionsprogramm Recht und Gesetz der Partei geworden sind, Recht und Gesetz, die die Partei sich selbst gegeben hat" („Der Klassenkampf", 1932, Nr. 5, S. 145).

Heute wird durch den Beschluß der Parteivorstandsmehrheit vom 7. November, in dem es heißt, daß die Beeinträchtigung der Aktionsfähigkeit der Partei u. a. durch „dogmatische Ketzerrichterei" verursacht ist, vor der Mitgliedschaft die Frage nach der Bedeutung der Prinzipienerklärung gestellt.

Die Rolle der Grundsätze für eine revolutionäre Partei

Eine Partei ist eine gemeinsame politische Organisation von Menschen, die auf dem Boden gemeinsamer grundsätzlicher Anschauungen stehen. Diese Binsenwahrheit bedeutet, daß die Grundsätze der Partei zum Allgemeingut aller ihrer Mitglieder gemacht werden müssen. Es ist falsch, wenn z. B. der Autor des Artikels „Gegen die Kinderkrankheit des Radikalismus in der SAP", Fritz Lewy („Der Klassenkampf", 1932, Nr. 1, S. 24), sagt: „Man soll nicht zu viel mit den „Grundsätzen" herumwerfen. Es gibt für eine politische Partei überhaupt nur einen Grundsatz: das ist die Eroberung der Macht." Die Konsequenz einer solchen opportunistischen Auffassung führt notgedrungen auch zum Opportunismus in der praktischen Politik. Sie öffnet die Tore der Partei auch allen denen, die mit einer klaren revolutionären Politik nichts zu tun haben. Ohne klare, feste Grundsätze ist ein erfolgreicher Kampf um die Macht überhaupt nicht denkbar. Es ist vom Standpunkt der Einheitlichkeit des politischen Handelns, welches durch die revolutionären Grundsätze bestimmt wird, richtig, wenn der Bezirksparteitag Berlin (Oktober 1932) klar aussprach, daß Funktionen in der Partei nur von denen ausgeübt werden können, die nicht nur die Existenzberechtigung der Partei bejahen, sondern sich vorbehaltlos auf den Boden ihrer Grundsätze stellen. Gewiß ist die praktische Durchführung eines solchen Grundsatzes nicht mechanisch zu erreichen, sie steht vielmehr in unlösbarem Zusammenhang mit der ideologischen Entwicklung der Partei überhaupt.

Eine revolutionäre Partei ohne feste, bindende, für die Partei Ziel und Richtung gebende Grundsätze ist wie ein Schiff ohne Kompaß und Steuer. Ohne Grundsätze muß sich eine Partei in eine Ansammlung zufällig aus den verschiedensten Gründen zusammengelaufener Menschen verwandeln, die nicht nur in grundsätzlichen, sondern auch in strategischen und taktischen Fragen auseinandergehen.

Daß die SAP nicht sogleich am Tage ihrer Geburt den Ansprüchen genügen konnte, die an eine ausgereifte, gefestigte, revolutionäre Partei gestellt werden müssen, verstand sich für jeden von selbst, der ihre gegensätzliche Zusammensetzung kannte. Dieser anfängliche Zustand muß aber überwunden werden. Die notwendige grundsätzliche Uebereinstimmung kann sich die Mitgliedschaft unserer Partei nur im Verlauf eines Klärungsprozesses durch praktische Erfahrungen und theoretische Auseinandersetzungen erarbeiten.

Sind Grundsätze Dogmen?

Was ist ein Dogma? Ein Dogma ist ein Lehrsatz, der nicht Ausdruck von Erfahrungen, sondern ein Glaubenssatz ist, an dem nicht gerüttelt werden darf. Dogmatisch verhält sich jemand, der, in einen solchen Glaubenssatz verrannt, nicht gewillt ist, ihn an der Erfahrung zu überprüfen und der ihn anderen aufzwingen will. Eine Partei, die marxistische Grundsätze durch Dogmen ersetzt, muß mit Notwendigkeit erstarren, im Kampfe versagen, zur Sekte werden. (Auch eine Partei, die zahlenmäßig groß ist, kann sektiererische Politik betreiben, die sie hindert, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern und zum Siege zu führen, wie andererseits der Umstand, daß eine Partei zahlenmäßig klein ist, noch nicht beweist, daß sie eine Sekte ist.)

Die Grundsätze, die sich die Partei in der Prinzipienerklärung gegeben hat, fußen auf der jahrzehntelangen Erfahrung des proletarischen Kampfes. In ihnen widerspiegeln sich die Lehren, die uns Marx, Engels, Rosa Luxemburg und Lenin gegeben haben. Die Prinzipienerklärung konkretisiert die großen Lehren des Marxismus für die Gegenwart. Unsere Grundsätze sind nicht Dogmen, sondern „eine Anweisung zum praktischen Handeln" (Lenin). Sie sollen und müssen durch tagtäglich gemachte Erfahrungen untersucht und überprüft werden, um auf diesem Wege Allgemeingut aller Mitglieder zu werden. Die Entwicklung der Partei, die gesamte wirtschaftliche und politische Entwicklung in Deutschland und der ganzen Welt haben die Richtigkeit der auf dem Märzparteitag 1932 angenommenen Grundsätze und des zu ihnen gehörigen Aktionsprogramms voll und ganz bestätigt. Eine Tatsache, die zur Beschleunigung und Vertiefung des ideologischen Klärungsprozesses der Mitgliedschaft beigetragen hat.

Wenn heute die Parteivorstandsmehrheit von einer „dogmatischen Ketzerrichterei" oder „Ketzerriecherei" spricht, so muß eine solche Auffassung, ob man will oder nicht, zu einer Revision der Prinzipienerklärung führen, die das Wesen der Partei angreift. Für die Gegner der Prinzipienerklärung muß das ein Freibrief für jede grundsatzlose oder den Prinzipien widersprechende Politik bedeuten.

Die Diskussionsfreiheit

Wir betonen nochmals: die Pflicht der Mitgliedschaft muß es sein, in beständiger Selbstkritik die Richtigkeit der angenommenen Grundsätze an den Erfahrungen zu kontrollieren. Damit ist aber nicht gesagt, daß die einzelnen Mitglieder oder Gruppen das Recht haben, immer wieder sich von den von der Mehrheit der Partei angenommenen Grundsätzen abzugrenzen, sie lediglich als Diskussionsgrundlage zu betrachten und in zahlreichen Fällen der Praxis ihnen entgegen zu handeln.

„Es ist nämlich eines zu bedenken. So sehr wir die Freiheit der Selbstkritik brauchen und ihr die breitesten Schranken lassen, so muß es doch ein gewisses Mindestmaß von Grundsätzen geben, die unser Wesen, unsere Existenz selbst ausmachen und die den Boden unseres Zusammenwirkens als Mitglieder einer Partei bilden. Auf diese wenigen allgemeinsten Grundsätze können wir nicht innerhalb unserer Reihen das Prinzip der „Freiheit der Kritik" anwenden, denn sie sind ja die Voraussetzung aller Tätigkeit, also auch der Kritik über diese Tätigkeit in unseren Reihen. Wir brauchen unsere Ohren vor einer von außen kommenden Kritik auch in bezug auf diese Grundsätze nicht zu verschließen. Wir müssen aber, solange wir sie als den Boden unserer Existenz als Partei betrachten, an diesen Grundsätzen festhalten und sie auch nicht von unseren Mitgliedern erschüttern lassen. Hier können wir nur eine Freiheit gewähren: Die Freiheit der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu unserer Partei.

Wir zwingen niemand, mit uns in Reih und Glied zu marschieren. Tut es aber jemand freiwillig, so müssen wir bei ihm die Zustimmung zu unseren Prinzipien voraussetzen." (Rosa Luxemburg.)

Kein Dogmatismus, der die Partei erstarren läßt! Freiheit der Kritik, aber nur im Rahmen der Grundsätze! Größte Toleranz jedem Parteimitglied gegenüber, das auf dem Boden dieser Grundsätze im Kampfe um deren Verwirklichung eine Kritik übt, die die Partei weiter bringt! Intoleranz jedem gegenüber, der diese Grundsätze ablehnt oder durch Lippenbekenntnis diese Ablehnung zu vertuschen sucht!

Partei-Organisationen zur Partei-Debatte

In der vergangenen Woche sind uns wiederum eine ganze Reihe von Resolutionen der Parteiorganisationen zugegangen. Aus Raummangel können wir nur in Kürze darüber berichten.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Ortsgruppe München der SAP beschloß nach eingehender Aussprache einstimmig:

„Zur Durchführung der Aufgaben einer revolutionären Partei und zur erfolgreichen Lösung der politischen Tagesaufgaben ist es unbedingt notwendig, daß die Partei — und vor allem ihre Führerschaft — geschlossen und fest zu ihrer Prinzipienerklärung steht."

Die Entschließung fordert dann weiter schnellste Einberufung eines außerordentlichen Parteitages.

Eine Mitgliederversammlung der SAP Elmshorn begrüßt in einer einstimmig angenommenen Entschließung „das Vorgehen der Parteivorstandsmehrheit gegen die Fraktionstätigkeit innerhalb der Partei und spricht ihr dafür das Vertrauen aus". Weiter heißt es in dieser Entschließung:

„Bezüglich der Prinzipienerklärung steht die Mitgliedschaft auf dem Standpunkt, daß die Partei sich in der Prinzipienerklärung für den revolutionären Kampf ein Fundament geschaffen hat. Diese Prinzipiengeschlossenheit darf jedoch nicht in engen Dogmatismus ausarten; dogmatische Ketzerriecherei würde die Partei zu einer neuen kommunistischen Sekte werden lassen."

Die gleiche Entschließung wurde von den Mitgliedern der Ortsgruppe Itzehoe angenommen. Eine Konferenz des Unterbezirks Schleswig-Holstein des SJV nahm eine ähnliche Entschließung mit einer „fast einmütigen Vertrauenskundgebung für den Genossen Seydewitz" an.

Eine Mitgliederversammlung der SAP Gelsenkirchen beschloß nach Referaten von August Siemsen und Klaus Zweiling mit 50 gegen 3 Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen: „Die Mitgliederversammlung spricht der Parteivorstandsmehrheit das Vertrauen aus".

Eine außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung der SAP Magdeburg, bei der gleichzeitig eine ganze Reihe von Neuaufnahmen gemacht werden konnte, verwarf in einer einstimmig angenommenen Entschließung „mit größter Entschiedenheit liquidatorische Bestrebungen sowie ein Abweichen von dem festen Boden der Prinzipienerklärung". Eine entsprechende Entschließung wurde von der engeren Bezirksleitung des SJV Mittelelbe gefaßt.

Eine Mitgliederversammlung der SAP Beuthen betont in einer Entschließung die Bedeutung der Existenz der SAP und fordert „erhöhte Aktivität aller Instanzen, um in verstärktem Maße an die proletarischen Massen heranzukommen und so die organisatorischen Mängel der letzten Zeit wieder gutzumachen". Die Ortsgruppe stellte den Antrag auf Abhaltung eines außerordentlichen Parteitages in Breslau oder Dresden.

Eine Mitgliederversammlung der SAP Strehlen (Schles.) nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt:

„Die Mitgliederversammlung bekennt sich zur Prinzipienerklärung und fordert Zielklarheit in unserer Partei. Sie billigt deshalb die Haltung der Parteivorstandsminderheit. Die Mitglieder geloben, mit noch viel größerem Elan an die Parteiarbeit zu gehen, um unsere Ziele durchzusetzen."

Theorie und Praxis

Von J. Walcher

Ohne Einheit von Theorie und Praxis kann eine revolutionäre Partei nicht erfolgreich wirken. Von dieser Auffassung ließ sich auch der Erweiterte Parteivorstand leiten, als er in seiner Sitzung vom 6./7. August zum Ausdruck brachte, daß die Partei die ihr gestellten Aufgaben nur erfüllen kann, „wenn eine untrennbare Einheit zwischen ihrer Ideologie und ihrer gesamten Praxis besteht". Jeder versteht, daß die Partei in ihrer Arbeit sehr gehemmt ist, solange nicht jedes Mitglied strikteste Einhaltung der Aktionsdisziplin als selbstverständlich betrachtet. Aber was verstehen wir unter Aktionsdisziplin? Aktionsdisziplin bedeutet nicht nur, wie vielfach angenommen wird, Wahrung der Disziplin bei Durchführung von Parteiaktionen; sie enthält auch die Verpflichtung, die von der Mehrheit der Partei gefaßten Beschlüsse nach außen zu vertreten. Das gilt besonders für Artikel in der Presse (soweit es sich nicht um ausgesprochene Diskussionsartikel handelt), für das Auftreten in öffentlichen Versammlungen in Massenorganisationen usw.

Es muß jedoch festgestellt werden, daß wir von der Verwirklichung des erwähnten Parteivorstandsbeschlusses noch sehr weit entfernt sind; wir haben selbst die disziplinierte Durchführung von Parteiaktionen noch nicht erreicht. Noch schlimmer ist es bei uns um die notwendige Uebereinstimmung von Theorie und Praxis bestellt. Der heute in dieser Beziehung noch vielfach bestehende Gegensatz sei nachstehend an einigen konkreten Beispielen aufgezeigt.

Unsere Wahlparolen

Der am 16. Oktober veröffentlichte Wahlaufruf der Partei enthält neben einer richtigen Analyse und vielen richtigen Forderungen auch einige Losungen, die in augenfälligem Widerspruch zu unseren Grundsätzen stehen. Eine revolutionäre Partei kämpft nicht gegen die „Rechtsunsicherheit", sondern gegen die bürgerliche Klassenjustiz, eine revolutionäre Partei darf sich auch nicht zum Fürsprecher der vulgären reformistischen Kaufkrafttheorie machen, indem sie behauptet, daß das Arbeitsbeschaffungsproblem zu lösen ist durch „ausreichende Löhne, ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen, damit sie kaufen können". Was dagegen zu sagen ist, hat Rosa Luxemburg schon 1899 in der theoretischen Zeitschrift der Sozialdemokratie, in der „Neuen Zeit" ausgeführt.

Besonders kraß tritt der Gegensatz zur Prinzipienerklärung in Erscheinung, wo es im Aufruf heißt: „Wir fordern Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstags". Demgegenüber hat die Partei in der Prinzipienerklärung ihre Auffassung wie folgt zum Ausdruck gebracht:

„Die Bourgeoisie kann ihre Macht nur noch durch Diktatur und Terror aufrechterhalten. Ist der Gedanke, die politische Macht auf parlamentarisch-demokratischem Wege, d. h. ohne die Zertrümmerung des bürgerlichen Machtapparates, zu gewinnen, an sich eine Illusion, so wird jetzt durch die Zerstörung des Parlamentarismus und die Aufrichtung der offenen Diktatur diesem Glauben jede Grundlage entzogen."

Ebenso erklärt die Partei in ihrem Aktionsprogramm:

„Das demokratisch-parlamentarische Regierungssystem ist in Deutschland bankrott. Der Glaube an die Durchführung eines wirklichen parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems in Deutschland ist eine Illusion. Aufgabe der Arbeiterklasse ist, die politischen Positionen und die Bewegungsfreiheit, die ihr die Ueberreste der bürgerlichen Demokratie noch gewähren, im außerparlamentarischen Kampf zu sichern, auszuweiten und zum Angriff auf die bürgerliche Diktatur auszunutzen."

Es ist wohl jedem klar, daß die Losung des Wahlaufrufes die Blickrichtung der Massen nach rückwärts lenkt, daß durch sie die noch immer sehr großen parlamentarischen Illusionen nicht zerstört, sondern vielmehr bestärkt werden. Das aber ist das Gegenteil von dem, was das revolutionäre Interesse erfordert.

Es steht genau so wenig im Einklang mit der Prinzipienerklärung und widerspricht dem primitivsten marxistischen Denken, wenn im Wahlaufruf weiter gesagt wird: „Wir fordern eine gerechte Verteilung der Lasten der Krise!" Von einer ganz anderen Auffassung ist unser Aktionsprogramm erfüllt. An Stelle der illusionären Forderung nach „einer gerechten Lastenverteilung" in einer Gesellschaft, die auf der immer brutaleren Unterdrückung und Ausbeutung der breiten Massen aufgebaut ist, wird im Aktionsprogramm klar und deutlich der Klassenstandpunkt des Proletariats vertreten und dementsprechend die Abwälzung der Lasten auf die Schultern der Besitzenden verlangt.

Nach diesen kritischen Hinweisen auf den Wahlaufruf darf wohl angenommen werden, daß der Leser im Gegensatz zu den Behauptungen der PV-Mehrheit erkennt, daß es sich hierbei um ernste sachliche Meinungsverschiedenheiten handelt und nicht, wie sie behauptet, um „eine nichtsachliche Stimmungsmache gegen diejenigen Genossen, die den Wahlaufruf ausgearbeitet haben".

Außenpolitik

Während die Prinzipienerklärung es auf dem Gebiet der Außenpolitik als eine der wichtigsten Aufgaben der Partei bezeichnet, daß sie „die Massen über das Wesen der kapitalistischen Außen- und Rüstungspolitik aufklärt und den illusionären Glauben an die Möglichkeit, innerhalb der kapitalistischen Welt den Frieden herzustellen und zu sichern, zerstört", enthält unsere Wochenzeitung Das „Kampfsignal" vom 1. Dezember 1932 einen Artikel von Fr. Mark, in dem zu lesen ist:

„Wann und wo in aller Welt haben wir etwas Praktisches und Sinnvolles getan, entweder den Völkerbund zum Handeln zu zwingen oder die Verhinderung des Krieges in unsere eigenen Hände zu nehmen? Wann haben wir Vorschläge, wie die Herriots, ernstlich und gründlich untersucht auf ihre Wirkungsmöglichkeiten und ihre Schwächen? Einst gab es großklingende und zu nichts verpflichtende Resolutionen, heute gibt es in der deutschen Arbeiterschaft nur noch Versicherungen der militärisch-nationalen Zuverlässigkeit und Geländeübungen mit Blinkfeuer. Auf die Weltrevolution warten ist genau so verantwortungslos wie das Warten auf das Himmelreich."

Gegen die Verbreitung derartig kleinbürgerlicher pazifistischer Illusionen durch unsere Wochenzeitung muß man sich wenden. In der Sache selbst heißt es durchaus zutreffend in der Prinzipienerklärung:

„Auf dem Boden der kapitalistischen Politik gibt es keine Lösung der Konflikte, für die sich die Arbeiterklasse einsetzen kann. Die Verständigung kapitalistischer Mächte oder einzelner Kapitalistengruppen untereinander, der Völkerbund und die Abrüstungskonferenzen können die Kriegsgefahren nicht beseitigen: Sie dienen vielmehr der Umgruppierung und Organisierung der imperialistischen Fronten. Mildern sie bestehende imperialistische Gegensätze, so erzeugen sie gleichzeitig neue, gefährlichere, auf breiterer Grundlage."

Ablehnung von Parteidirektiven

Für das erfolgreiche Wirken der Partei ist von entscheidender Bedeutung, daß unsere Genossen in den Massenorganisationen, besonders in den Gewerkschaften, nach den Beschlüssen und Direktiven der Partei handeln. Es ist bekannt, daß auf dem letzten Verbandstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sich einige Genossen unter der Führung von Hans Ziegler-Breslau in einen so schroffen Gegensatz zu den Beschlüssen der Partei gestellt haben, daß der Parteivorstand zu einer öffentlichen Kritik gezwungen war. Es ist aber der Parteiöffentlichkeit nicht ausreichend bekannt, daß Hans Ziegler auf diese Kritik im Mitteilungsblatt des DMV, Ortsverwaltung Breslau vom September 1932, in einer für ein Mitglied der SAP geradezu unerträglichen Weise geantwortet hat. Ziegler erklärt zunächst, daß er und seine Freunde „sich von keiner Partei bevormunden und kommandieren lassen und daß sie auch von keiner Partei Anweisungen entgegennehmen, wie sie sich in den Gewerkschaften zu verhalten haben." Ist das schon eine Herausforderung der gesamten Partei, so wird sie womöglich noch durch den weiteren Inhalt überboten. Wir zitieren nur einen Satz: „Mit Opposition in den Gewerkschaften erreicht man dies (den Entwicklungsprozeß vom Kapitalismus zum Sozialismus zu beschleunigen) bestimmt nicht. Im Gegenteil!"

Derselbe Genosse Ziegler, der hier jede Opposition in den Gewerkschaften verurteilt, hat an der Gewerkschaftsresolution des Parteitages, die die Grundlagen unserer Oppositionsarbeit in den Gewerkschaften bildet, mitgearbeitet und ihr zugestimmt. Es dürfte auch nicht überflüssig sein, daran zu erinnern, daß Ziegler einer von denen war, die auf dem letzten Parteitag erklärten, die Prinzipienerklärung nur als Diskussionsgrundlage anzunehmen.

Mit den angeführten Tatsachen ist wohl der überzeugende Nachweis erbracht, daß in unserer Partei auch in wichtigen Fragen zuweilen noch ein großer Gegensatz zwischen Theorie und Praxis klafft. Auch dieser Mangel ist bei Berücksichtigung des Werdeganges der Partei begreiflich. Bei der heute in der Partei gegebenen Sachlage ist es jedoch gänzlich verfehlt, über „Intoleranz" und „Einschränkung der Meinungsfreiheit" zu zetern — das Parteiinteresse erfordert im Gegenteil, daß die Aufmerksamkeit der ganzen Parteimitgliedschaft auf diese Mängel gelenkt und sie von der Notwendigkeit ihrer Ueberwindung überzeugt wird.

Einstimmig

haben die hervorragendsten Vertreter des deutschen Kornbranntweingewerbes, die Herren des Vorstandes, des Beirats und des Ausschusses des Vereins der Kornbrennereibesitzer und der Preßhefefabrikanten Deutschlands (E.V.), Berlin, in einer am 21. Nov. 1932 in Münster i. W. stattgefundenen Sitzung bestätigt, daß ein Gemisch von Wasser mit von auswärts bezogenem Kornsprit niemals ein „Breslauer Getreidekorn" sein kann. – Die Reklame einer hiesigen Destillationsfirma richtet sich somit von selbst. Das Publikum urteilt nach wie vor:

Hennig bleibt Hennig

SPD-Frauenverdummung

Die „Frauenwelt" im Urteil des Rundfunks!

Unter dieser Schlagzeile stand vor kurzem in der „Volkswacht" ein Werbeinserat für die „Frauenwelt" (die sozialdemokratische Frauenzeitschrift), das so charakteristisch ist, das wir es in vollem Wortlaut wiedergeben:

„Im Mitteldeutschen Rundfunk sprach am 9. Juli Frau Mira von Hollander über das Thema: Frau zu Hause. Ueber die „Frauenwelt" urteilte sie hervorragend wie folgt:

In einfacher, preiswerter, aber künstlerisch geprägter Aufmachung für billiges Geld, bietet den proletarisch eingeengten Haushaltungen — vor allem der außer Haus berufstätigen Hausfrau — der Verlag Dietz, Berlin, mit seiner von Toni Sender herausgegebenen „Frauenwelt" ein nützliches Fachblatt. Ganz hervorragend ist der malende, illustrierende, dichtende Mitarbeiterstab dieser Zeitschrift. Namen von Weltklang sind darunter. Was die „Frauenwelt" an Mode zeigt, wird so gezeigt, daß auch ganz ungeschulte Hände ohne große Ausgaben für Material und Zutaten es zu verwirklichen vermögen. Gerade weil die „Frauenwelt" das, was auch andere Zeitschriften für die Frau und ihr Haus erstreben, mit der großen weltanschaulichen Linie der deutschen Arbeiterbewegung in Beziehung setzt, wird sie in vielen Haushalten besonders willkommen sein.

So wie Frau von Hollander im Rundfunk, denken und urteilen die vielen Tausende von sozialistisch denkenden Leserinnen der „Frauenwelt". Und du? Ziehe die Nutzanwendung! . . ."

Wenn man als Arbeiterfrau die „Frauenwelt" seit ihrem Bestehen gelesen hat, gelesen aber nur deshalb, weil man sich als Funktionärin verpflichtet fühlte, sie zu lesen, so darf man sich wohl auch ein Urteil erlauben. Allerdings, bei der SPD gilt ja das Urteil einer einfachen Frau nichts, da muß es schon mindestens eine Adlige sein. Die SPD ist feudal geworden, das muß man ihr lassen!

Trotzdem getraue ich mir als einfache Arbeiterfrau ein anderes Urteil über die „Frauenwelt" abzugeben als die hochfeudale Frau von Hollander. Ich kenne diese Dame nicht, weiß auch nicht, wie nahe sie der Sozialdemokratischen Partei steht, aber soviel weiß ich, daß sie bestimmt nicht so empfindet wie eine einfache Arbeiterfrau. Mag der malende, dichtende und illustrierende Mitarbeiterstab der „Frauenwelt" tausendmal hervorragend sein, die sozialistisch empfindende Frau kommt dabei nicht auf ihre Rechnung. Wofür aber sonst brauchte eine sozialistische Partei eine Frauenzeitung herauszugeben?

Glaubt man etwa der mit schweren Nahrungssorgen kämpfenden Arbeiterfrau mit Abbildungen von Tapeten und Bodenbelag für Wohn-, Schlaf-, Eß-, Arbeits- und Kinderzimmer über ihre Sorgen hinwegzuhelfen? Und was sagt die einfache Arbeiterfrau dazu, wenn in einem Preisausschreiben für Kinder Sonnenschirme als Preise ausgesetzt sind? Sonnenschirme für Kinder, die in den Höfen der Mietskasernen ihre freie Zeit verbringen müssen! Oder sollen sich diese Kinder gar nicht am Preisausschreiben beteiligen? Meinte man nur die Kinder der im Laufe der Jahre entstandenen Arbeiteraristokratie?

Auch die Rubrik: „Wer weiß Rat?" enthält soviel bürgerliche Fragen und Antworten, daß man die „Frauenwelt" schwerlich einer sozialistisch empfindenden Frau empfehlen kann. Wenn sich z. B. in Erfurt bei einer Diskussion über Ernährung die Genossinnen nicht einig werden, ob Schokolade ein Mastmittel ist oder ob man davon schlank bleibt dann frägt man unter dieser Rubrik um Rat!

Ja ja, das sind wichtige Fragen für die Frauen, deren Einkommen kaum fürs Brot reicht! Dies nur einige Stichproben, die sich zu Hunderten erweitern ließen.

Was die „Frauenwelt" an Moden zeigt, wird genau so gezeigt, wie in bürgerlichen Blättern auch. Setzen die großen Textilfirmen bei praktischen Moden zu wenig Stoffe ab und erfinden Schleppkleider von einigen Metern Weite, so bringt man eben auch diese Modelle. — Braucht die herrschende Klasse Begeisterung für den Militarismus, so gewöhnt man die Menschen an die Uniform. Dies tritt auch bei der Frauenkleidung in Erscheinung. Mit den blanken Knöpfen und Achselstücken, die man in letzter Zeit an den Kleidern, Blusen und Jacken findet, will man doch nichts anderes, als militärischen Geist groß ziehen. Auch diese Modelle zeigt man natürlich in der „Frauenwelt", und ohne Diskussion über Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit dieser Kleidung, überläßt man es den Leserinnen, nach diesen Modellen ihre Kleider anzufertigen, ja man empfiehlt ihnen dieselben noch als das Neueste.

Dies wäre also mein Urteil über die „Frauenwelt" und ich stehe da keineswegs allein. Hat doch schon nach einjährigem Bestehen der Zeitschrift eine Genossin auf dem SPD-Parteitag geäußert, die „Frauenwelt" sei nur Insektenpulver für bürgerliche Frauenzeitschriften. Die Freude über das Lob der Frau von Hollander läßt nur den Schluß zu, daß das Wort August Bebels: „Wenn dich deine Klassenfeinde loben, dann hast du eine Dummheit gemacht", nach wie vor Berechtigung hat, von der SPD aber ganz und gar vergessen wird.

Bei der „Frauenwelt" sieht man am besten, wie die bürgerliche Ideologie in den Leserinnen großgezogen wird, aber von der SPD keineswegs etwa umgekehrt sozialistische Ideen an kleinbürgerlich denkende Arbeiterfrauen herangetragen werden, wie das doch die Aufgabe sein müßte. Die denkende Arbeiterin merkt allerdings, wohin dieser Kurs führt und liest darum nur wahrhaft sozialistisch und revolutionär redigierte Zeitungen und Zeitschriften.

Im übrigen ist es mit der „Frauenwelt" wie mit allem innerhalb der SPD. Man lehnt sich in Wort, Schrift und Bild stets ans Bürgertum an. Als Beispiel möchte ich da zum Schluß noch den Wandkalender der „Volkswacht" für 1932 nennen. Die Ausführung desselben würde jeder bürgerlichen Zeitung Ehre machen. In schwarz-weiß-rot gehalten, mit dem Bild eines Mannes, dessen Physiognomie ich oftmals im „Wahren Jakob" und anderen satyrischen Zeitschriften als den mit allem zufriedenen Spießbürger und Biertischpolitiker gesehen habe. Dabei ist noch ein unfreiwilliger Witz passiert. Denn dieser Spießer auf dem Kalender hält ausgerechnet die „Volkswacht" vom 11. August in der Hand mit einem Artikel über den Verfassungstag. Der Kalender-Benützer wird also das ganze Jahr daran erinnert, wie schmählich die SPD die von ihr so gerühmte Verfassung hat über den Haufen werfen lassen. Auch dieser Kalender wird niemals dazu beitragen, daß Kämpfer für den Sozialismus erzogen werden, sondern er bewirkt (und soll ja auch bewirken) gerade das Gegenteil.

Marie Köhlich.

Sonntag

Besichtigung der Anatomie

Treffpunkt 9.45 Uhr am Anatomischen Institut, Maxstraße 6. Besichtigungsgebühr 20 Pfg., Mitglieder der PKG frei.

Auch eine Krisenwirkung . . .

Abbau der ersten Holzarbeiterverbands-Bevollmächtigten

Die Stadt Liegnitz hatte früher eine Reihe größerer Möbel- und Pianofabriken, die mehr als Hunderten von Proleten Beschäftigung gaben. Einige Luxusmöbelfabriken, die vornehmlich auf Export eingestellt waren, brachen in den letzten Jahren zusammen und schlossen für immer ihre Tore. Die Pianofabriken erlebten in der Inflationszeit und für eine kurze Zeitspanne danach noch einmal eine Blütezeit. Aber später ging der Absatz im Aus- und Inland sehr zurück. Sicher trug auch die Entwicklung der mechanischen Musikinstrumente (Sprechapparate, Rundfunk) zu den verminderten Absatzmöglichkeiten bei, nicht zu reden von der Einkommensschmälerung der breiten Massen. Dazu das Darniederliegen der Bautätigkeit, die weitere zahlreiche Tischler und Arbeiter der Holzindustrie schon lange arbeitslos werden ließ.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband unterhielt, bedingt durch eine große Mitgliedschaft, hier eine Verwaltungsstelle mit zwei Gewerkschaftsangestellten und einer Bürokraft. Die Mitglieder in den Bezirksorten Goldberg, Lüben, Kotzenau, Jauer und Bolkenhain werden durch die Liegnitzer Verwaltung mit betreut. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in diesen Orten sind natürlich nicht anders als am Vorort: Riesenarbeitslosigkeit, die wenigen Gewerkschaftsgenossen, die noch in Arbeit stehen, sind schnell zu zählen. Somit wurde der Eingang von Beiträgen immer geringer, wenn auch die arbeitslosen Gewerkschaftsgenossen ebenfalls einen kleinen Obolus entrichten mußten. Durch wiederholte ziemliche Kürzungen der Bezüge der Gewerkschaftsangestellten suchte man den finanziellen Schwierigkeiten zu begegnen, jedoch ohne großen Erfolg. Es ergab sich unausweichlich, den Verwaltungsapparat um einen Angestellten zu vermindern, die Büroräume einzuschränken usw.

Die Neuwahl ging in der letzten Mitgliederversammlung vor sich. Während manche der früheren Versammlungen recht schlecht besucht waren, erschienen diesmal etwa 500 Genossen. Grundsätzliches zur Gewerkschaftsfrage war natürlich von den beiden Angestellten nicht zu hören. Höchstens einige leere Versprechungen und in der Hauptsache: einer fand immer mehr Dreck am Stecken des anderen. Unsere SAP-Genossen konnten für keinen der beiden Kandidaten Stellung nehmen. Gewählt wurde der bisherige zweite Angestellte, Kollege Scholz. Mit den Mitgliedern in den umliegenden Orten ergab sich folgendes Stimmenergebnis, Fischer (bisher der erste Gewerkschaftsangestellte) 219 Stimmen, Scholz 296 Stimmen. Für Fischer, der Vorsitzender des Ortsausschusses Liegnitz des ADGB, Vorsitzender des Aufsichtsrates des Volkshauses, der Wohnungsbaugesellschaft „Neuland", SPD-Stadtverordneter ist und noch eine Reihe weiterer Funktionen innehat, sollte dieses Wahlergebnis eine Lehre und Warnung sein .. Aber kann sich ein typischer Reformist, ein steter Verfechter des „kleinen Uebels" jemals umstellen? Die Arbeiterschaft wird sich noch vieler solcher Fischer entledigen müssen und nicht nur durch Wahlen.

Daß der Ortsgruppe Liegnitz der SAP die Räume des Volkshauses verweigert werden, ist mit ein „Verdienst" des Koll. Fischer! Mehr braucht wohl zur Illustrierung über ihn nicht mehr gesagt zu werden.

Keine Stadtverordnetenversammlung mehr

Die Stadtverordnetenversammlung wird vor Weihnachten keine Sitzung mehr abhalten. Der Zeitpunkt der Wiedereinberufung der Versammlung wird noch bekanntgegeben werden.

Verkehrsregelung auf dem Hauptbahnhof

Zur glatten Abwickelung des Verkehrs auf dem Breslauer Hauptbahnhof muß vom 22. Dezember 1932 bis 2. Januar 1933 darauf gehalten werden, daß die ankommenden Reisenden den Bahnhof über die östlichen Treppen durch den östlichen Personentunnel verlassen. Die Maßnahme ist zur schnellen Abfertigung der Reisenden notwendig. Das reisende Publikum wird ersucht, den mündlichen Weisungen des Personals Folge zu leisten, damit unliebsame Auseinandersetzungen vermieden werden.

Die Suche nach dem verschwundenen Horst Schulz

Die Sowjetbehörden wirken mit

Waldenburg, 16. Dezember.

Der frühere kommunistische Landtagsabgeordnete Richard Schulz behauptete bekanntlich, daß er seinen spurlos verschwundenen Sohn Horst mit Hilfe von Parteifreunden nach Rußland gebracht habe. Der Kriminalpolizei ist nun von einem früheren Funktionär der KPD Mitteilung gemacht worden, daß von der Kommunistischen Partei alles getan würde, um das Dunkel um das Verschwinden des Knaben zu lichten. Tatsächlich haben sich auch die Behörden der Sowjetstaaten bei den Ermittelungen der Kriminalpolizei sehr entgegenkommend gezeigt; über die Einzelheiten der Ermittelung wird jedoch im Interesse der Sache noch nichts Näheres mitgeteilt.

achtung!

der saz-buchvertrieb veranstaltet sonntag, den 18. dezember, im parteibüro, kleine holzstraße nr. 3, von 14–18 uhr, im rahmen einer

buchausstellung

einen sonderverkauf preiswerter und guter bücher.

saz-buchvertrieb

BÜHNE VON LINKS GESEHEN

Stadttheater:

Graener: Friedemann Bach

Nur durch die Berühmtheit seines Vaters und durch den Roman Brachvogels ist uns Friedemann heute bekannt. Er war ein sogenanntes „verkommenes Genie" (also doch kein Genie?), aber da er der Sohn des großen Johann Sebastian Bach war, wird viel, etwas allzuviel mit ihm hergemacht. Es besteht heute großer Mangel an Operntexten. Von der Spieloper (Mozart — Weber — Verdi) ist man abgekommen, die Flucht ins Romantische brachte keine Lösung (Pfitzner: das Herz). Musikdramen besser Texte, die sich zu Musikdramen eignen, sind selten — so bleiben die unerschöpflichen historischen Stoffe. Hier ist nun F. Bach nicht wichtig, nicht interessant, nicht bedeutend genug. Daraus erklärt sich eine gewisse Mattheit des Werkes. Dazu kommt, daß man von Friedemanns Leben so gut wie nichts weiß und all die dargestellten Dinge nur Fantasien des Textdichters bzw. Brachvogels sind. Musikalisch ist das Werk nicht überragend, aber hat doch viele sehr wertvolle Partien; und mit großem Geschick hat Graener den alten Stil „auf modern" hergerichtet.

Friedemann Bach ist eine Erfolgsoper; es werden keine großen Anforderungen an den Hörer gestellt, und das Werk wird überall begeistert aufgenommen.

Hierfür sorgte auch eine ganz ausgezeichnete Aufführung; Schmidt-Belden sorgte mit seiner großen Routine für Höchstleistungen des Orchesters. Gut im Stil getroffen sind Hahlos Bühnenbilder, äußerst lebendig Jacobs Regie. Alle Rollen sind gut besetzt, nur daß sich Benno Arnold (Friedemann) etwas zu sehr als Jung-Siegfried aufspielt.

ORGANISATIONS NACHRICHTEN

SJV Sekretariat: Kl. Holzstr. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10—12 Uhr und Donnerstag von 18—20 Uhr.

Karl-Marx-Heim. Achtung! Jung- und Rotfalken. Sonntag, den 18. 12. treffen wir uns 15 Uhr in unserem Heim. Gäste können noch mitgebracht werden. Wir gehen zum Film.

Monistische Jugend (Zentral). Achtung! Sonntag vormittag 9.15 Uhr, treffen sich alle Genossinnen und Genossen, die an einer Führung durch das Museum der bildenden Künste Interesse haben, am Museumplatz. Gleichzeitig Führung durch die angenblickliche Wilhelm-Busch-Ausstellung. Führung: Kunsthist. Stephan. Teilnehmerbeitrag 10 Pf., Mitglieder der Monistischen Gemeinde sind dazu eingeladen. Teilnehmerkarten sind bei Genossen Heinrich zu haben.

Sonntagsheim ab 16.30 Uhr im Zentralheim Grünstr. 14/16. Unterhaltungsnachmittag. Anschließend ab 19 Uhr: Arbeitsgemeinschaft mit Gen. Duscak über: „Das Geldproblem der sozialistischen Wirtschaft".

Gäste willkommen. Alles erscheinen.

Gewerkschaftsnachrichten

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Schiffbauer! Die Branchenversammlung am 17. Dezember fällt aus.

Rat und Auskunft

Wo holt sich der Proletarier Rat und Auskunft? Sozialistische Arbeiterhilfe; Büro Kl. Holzstr. 3.

Wohlfahrtsberatung: Dienstag und Freitag von 19—20 Uhr, im Büro.

Erwerbslosenberatung: Werktäglich von 9—11 Uhr außer Sonnabends, im Büro.

Individualpsychologische Erziehungsberatung, Sonnenstr. 39, Sth., I. Montag, von 17—19 Uhr.

Jugendberatung, Sonnenstr. 39, Sth. I. Montag, von 19—20 Uhr.

Hauspflege: Auskunft täglich von 9—11 Uhr, außer Sonnabend, im Büro.

Gefangenenfürsorge: Dienstag und Freitag von 19—20 Uhr im Büro.

Rechtsberatung der SAZ

In unserer Redaktion, Kleine Holzstr. 3, ist eine unverbindliche Rechtsberatung eingerichtet worden. Die Beratung findet jede Woche Montag zwischen 16.30 und 17.15 Uhr und Mittwoch zwischen 18.45 und 20 Uhr statt. Rechtsauskunft wird nur gegen Vorlegung der Abonnementsquittung oder des Parteibuches erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt. Eine Beantwortung von schriftlichen Anfragen wird nur dann vorgenommen, wenn Rückporto beiliegt.

Allen auswärtigen Anfragen bitten wir das Porto beizulegen. Weitere Unkosten entstehen nicht.

Geschäftliches

Die Fa. Else Leuchtag, welche ca. 20 Jahre am Wachtplatz war und sich jetzt Reuschestraße befindet, veranstaltet zur Zeit einen außergewöhnlich billigen Weihnachts-Verkauf. Sie erhalten dort Damen-Mantel schon für 9.75 usw.

Beachten Sie bitte genau: Nur Reuschestraße 58.

Selig ist, wer nie vergißt, daß Schirdewan das Beste ist! Beherzigen auch Sie diese Tatsache für Ihre Weihnachtseinkäufe. Bei Schirdewan wissen Sie, daß Sie bei höchstens gleichen Preisen wie anderswo die Ware aus allererster Hand, unmittelbar aus der Korn- und Weinbrennerei erhalten und nicht erst aus einem sogenannten Mischereibetriebe, der über die eigentlichen Brennerei-Produktionseinrichtungen garnicht verfügt, sondern höchstens die Destillationsvorrichtung einer Likörfabrik besitzt. Schirdewan ist Schirdewan, denn jeder Käufer und Beschenkte weiß seit bald 175 Jahren, daß er nur das Allerbeste der Brennereikünste erhält. Alle Schirdewan-Erzeugnisse vom Einfachsten bis zum Erlesensten sind nach der Steuersenkung wieder erschwinglich geworden!

Berliner Seite der SAZ

Herrliche Zeiten für Denunzianten

Haussuchung beim Genossen Max Köhler

Monat für Monat prangen jetzt an den Berliner Litfaß-Säulen rote Plakate, in denen bis zu 1000 Mark Belohnung für die Anzeige von Herstellern und Verbreitern illegaler kommunistischer Druckschriften angekündigt wird. Die Folge dieser für die Zustände in dem „Kultur"staat Deutschland so überaus bezeichnenden Plakate ist es, daß sich auf den Polizeirevieren und in der Abteilung I des Polizeipräsidiums immer höhere Stöße von Denunziantenbriefen häufen. Niedrigste Rachsucht und schmutzigste Gewinnsucht tobt sich hier aus.

Wie diese Denunziationen aussehen, zeigt eine Haussuchung, die am Donnerstag, den 15 Dezember, vormittags 10 Uhr, bei dem Bezirksvorsitzenden der Berlin-Brandenburger Parteiorganisation, dem Genossen Max Köhler erfolgte. Um diese Zeit erschienen in der Wohnung des Genossen Köhler zwei Abgesandte der Polizei-Abteilung I, Dezernat I, um im Auftrage des Leiters Brandt eine Haussuchung nach verbotenen kommunistischen Druckschriften vorzunehmen. Nachdem sie alles durchsucht hatten, mußten sie, ohne etwas gefunden zu haben, unverrichteter Sache wieder abziehen.

Auf wie schwachen Grundlagen die schmutzige Denunziation beruhte, die der Anlaß zu dieser Haussuchung war, beweist der Umstand, daß in der Denunziation von ständigen Sitzungen in der Wohnung des Genossen Köhler die Rede ist. Dabei hält sich Genosse Köhler infolge seiner politischen und organisatorischen Tätigkeiten nur selten in der Wohnung auf. Nicht weniger bezeichnend ist es, daß man bei einem vor drei Jahren aus der KPD Ausgeschlossenen einen illegalen KPD-Literatur-Vertrieb sucht. Das zeigt, wozu diese öffentliche Auslobung von Denunziationen schon geführt hat.

335000 Wohlfahrtserwerbslose in Berlin

Die Zahl der Wohlfahrts-Erwerbslosen in Berlin, d. h. der zum größten Teil langfristigen Erwerbslosen, die weder auf Arbeitslosenversicherung noch Krisenfürsorge Anspruch haben und ausschließlich von den Gemeinden erhalten werden, ist im November 1932 wiederum gestiegen. Sie betrug Ende November 1932 335 271 gegenüber 329 957 am Ende des Vormonats. Sie hat demnach um 1,6 Prozent zugenommen.

In der wachsenden Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen, die nur im günstigsten Fall 9 M wöchentlich für die Einzelperson und 12.90 M für das Ehepaar erhalten, spiegelt sich das ganze furchtbare Massenelend des Berliner Proletariats. In den vergangenen Wintern erhielten diese Erwerbslosen wenigstens einige Zentner Kohlen monatlich, jetzt wird bis zu drei Familienmitgliedern lediglich 1.50 M Kohlengeld ausgezahlt, ein Betrag, der nicht einmal ganz zur Beschaffung eines Zentners ausreicht. Auch alle übrigen Zusatzunterstützungen wurden aufs äußerste beschnitten. So gibt es z. B. Wintermäntel für Männer nur noch gegen besonderes ärztliches Attest.

Das Anwachsen der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen muß ein Ansporn für alle klassenbewußten Arbeiter sein, dahin zu wirken, daß im gemeinsamen Kampf aller Arbeiterorganisationen die Rückgängigmachung aller Unterstützungskürzungen und sonstigen gegen die Unterstützungsempfänger gerichteten Sparmaßnahmen und darüber hinaus eine weitgehende Erhöhung der Unterstützungen über die alten Sätze hinaus, sowie eine ausreichende Winterhilfe zu erzwingen.

Provokatorische Methoden im „Roten" Wohlfahrtsamt Prenzlauer Berg

Im Wohlfahrtsamt Prenzlauer Berg häufen sich die Beschwerden über die Behandlung der Wohlfahrtsempfänger durch einige Beamte und Angestellte. Besonders im Zimmer 236 Buchstaben M scheint ein Herr zu sein, der es darauf anlegt, die Erwerbslosen zu provozieren. Folgender Vorfall zeigt das deutlich:

Der Genosse M. wird zum Wohlfahrtsamt Prenzlauer Berg geladen, da er denunziert wurde, er hätte Arbeit. Laut Stempelkarte ist erwiesen worden, daß er regelmäßig stempeln geht und seine klägliche Krisenunterstützung in „Höhe" von 4.30 RM abholt. M. sollte nun das zurückzahlen, was er vom Wohlfahrtsamt erhalten hatte. M. wurde eine Frist gegeben, in 14 Tagen zu zahlen, oder man werde ihn ins Gefängnis bringen.

Trotzdem M. den ganzen Tatbestand richtigstellte, besaß der abfertigende Beamte den traurigen Mut, den Wohlfahrtsempfänger zu verdächtigen, daß er trotzdem geschwindelt habe. Durch die Provokation wurde der Wohlfahrtsempfänger so erregt, daß er laut Protest gegen diese Provokation erhob, worauf die Polizei gerufen wurde, die den Genossen M. abführte.

Wir fordern, daß die provokatorischen Methoden gegenüber den Wohlfahrtsempfängern unterlassen werden und erwarten, daß die klassenbewußten Kollegen im Wohlfahrtsamt Prenzlauer Berg sich gegen diese Provokateure zur Wehr setzen.

Die Katastrophe rückt näher

Der Magistrat der Stadt Berlin veröffentlicht in diesen Tagen den Finanz-Bericht für Monat November. Nach diesem Bericht ergibt sich für das Haushaltsjahr 1932 bis jetzt ein Fehlbetrag von 42 822 265 M. Insgesamt ergibt sich für die Zeit vom 1. April 1930 bis zum 30. November 1932

ein Betrag von 125 702 393 M, für den keine Deckung vorhanden ist.

Die Steuer-Einnahmen für die ersten acht Monate des Etatjahres weisen einen Ertrag von 251 704 295 M auf, gegen 404 198 900 M, die im Voranschlag für das ganze Haushaltsjahr eingesetzt wurden. Wenn man die Entwicklung der Steuer-Einnahmen im einzelnen durchrechnet so ergibt sich

eine Steuer-Mindereinnahme von mindestens 30 Millionen Mark für 1932/33.

Zugleich damit wird durch eine Vorlage des Magistrats darauf hingewiesen, daß am 1. April 1933 25 Millionen 5 prozentige Goldschatzanweisungen von 1928 zu 110 Prozent, also mit 27,5 Millionen Mark, fällig werden. Am 1. Oktober 1933 werden sogar insgesamt 85 Millionen Goldschatzanweisungen fällig. Der Magistrat weist in seiner Vorlage darauf hin, daß es nicht sicher sei, ob auch Berlin nach dem Beispiel von Frankfurt a. M., Mainz und Köln die Gläubigerversammlung der Inhaber der Schuldverschreibungen um Stundung ersuchen muß, oder ob andere Wege zur ordentlichen Regelung der Verpflichtungen gegangen werden können. Er ersucht deshalb um Erteilung von Vollmachten zur Verhandlung mit den Gläubigern.

Diese beiden Meldungen zeigen, daß die Lage der Stadt Berlin immer ernster wird. Es ist sicher, daß die Verhandlungen des Magistrats mit den kapitalistischen Gläubigern diesen Gelegenheit geben wird, der Stadt neue Daumenschrauben aufzulegen, vielleicht weiteren städtischen Besitz in ihre Hände zu bringen. Der werktätigen Bevölkerung werden hier neue Lasten auferlegt werden, sei es durch neue Sparmaßnahmen, sei es durch neuen Lohn- oder Unterstützungsraub.

Es wird immer brennender, daß endlich die Arbeiterklasse selbst durch ihre Organisationen, durch ihre außerparlamentarische Klassenaktion eingreift. Sie muß als erstes und dringendstes ein Moratorium für alle Zins- und Tilgungszahlungen der Gemeinde und der Gemeindebetriebe, die sofortige Aufhebung aller Steuerstundungen bei den Besitzenden, die Eintreibung aller gestundeten Besitzsteuern und Subventionen erkämpfen. Darüber hinaus muß die Rettung der Stadt erkämpft werden durch rücksichtslose Erhöhung der Steuern der Besitzenden, durch ein Notopfer für alle Einkommen über 8000 M jährlich und alle Vermögen über 50 000 M, die Streichung aller Ausgaben für Repräsentation, bürgerliche, religiöse und faschistische Organisationen und Einrichtungen, aller Gehälter und Pensionen über 500 M monatlich und aller Ausgaben für den Unterdrückungsapparat.

Die drohende Katastrophe der Gemeinden und vor allem der Stadt Berlin wird zweifellos von den allerschwersten Folgen für die Arbeiterklasse sein. Sie wird, wenn sie eintritt, die Wirtschaftskrise von neuem verschärfen und der Arbeiterklasse neue Opfer auferlegen. Darum ist das Eingreifen der Arbeiterklasse in diese drohende Katastrophe unbedingt geboten. Die bestehende „rote Mehrheit" könnte das Eingreifen erleichtern, wenn sie in Aktion träte. Die SPD aber macht im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung die Politik des Sparditktators Sahm und hilft am Aufbau der Arbeitssklaverei, die KPD begnügt sich mit leeren Agitationsphrasen, ohne durch eine beharrliche Einheitsfrontpolitik den Druck auf die SPD so zu stärken, daß sie entweder einem proletarischen Rettungsprogramm zustimmen muß oder von ihren Anhängern überrannt wird. Um so notwendiger aber ist es, für diesen Gedanken zu wirken.

Attentat in San Francisco

Seit dem vorigen Sonntag gibt die „Junge Volksbühne" im Lustspielhaus in der Friedrichstraße Felix Zieges „Attentat in San Francisco". Das Stück behandelt das Schicksal der amerikanischen Genossen

Mooney und Billings,

die seit 16 Jahren unschuldig für ein Attentat, das sie nachweislich nicht begingen, im Zuchthaus von St. Quentin schmachten. Die Wahl dieses Stoffes steht in erfreulichem Gegensatz zu der Praxis der übrigen Theater, die einer Zeit, die voll der gewaltigsten Fülle wichtigster Probleme sind, die zeit- und oft auch weltabgewandtesten Themen auf die Bühne bringen. Daß die „Junge Volksbühne" in einem Augenblick, wo der Kampf für die Befreiung Mooneys und Billings von neuem entbrannt und im Wachstum begriffen ist, gerade mit diesem Stück ihre Dezember-Aktion beginnt, ist zu begrüßen.

Leider aber weist die Durchführung dieser Absicht Mängel und Schwächen auf, die gerade im Interesse der Sache, die die „Junge Volksbühne" vertreten will, kritisiert werden müssen. Die Sache des proletarischen Theaters hat in der Zeit der schwärzesten Kulturreaktion und der tiefsten kapitalistischen Wirtschaftskrise mit so vielen Schwierigkeiten zu kämpfen, daß sie überhaupt nur eine Aussicht hat, wenn sie sich freimacht von jedem mit scheinrevolutionären Phrasen verhülltem und marxistisch-sein-wollendem Dilettantismus. Auch das proletarische Theater kann nur wirken, wenn seine Stücke nicht schlicht dramatisierte Leitartikel sind, sondern wenn sie wirklich packen und mitreißen, wenn sie die großen gesellschaftlichen Kämpfe durch ihre Wigerspiegelung im Leben und in den Schicksalen lebendiger Menschen zu gestalten wissen. Diese Wirkung kann aber ebensowenig durch ihre blutleere Abstraktionen, wie durch trockene Berichte erreicht werden.

Im „Attentat von San Francisco" wurde die Forderung, die an das proletarische Theater gestellt werden muß, nicht erfüllt. Das war nicht die Schuld der Schauspieler, die trotz der verhältnismäßig bescheidenen Bühnenmittel, die ihnen zur Verfügung standen, ihr Bestes gaben. Sie vermochten die von ihnen verkörperten Gestalten wirksam zur Geltung zu bringen. Glänzend charakterisiert waren vor allem Swanson und der Bezirksstaatsanwalt Fickert, die Hauptschuldigen an dem an Mooney und Billings verübten Justizverbrechen.

Daß das Stück nicht die berechtigten Forderungen erfüllte, die an proletarisches Theater zu stellen sind, lag nicht an der „Jungen Volksbühne", sondern am Autor, der trotz des „bescheidenen" Anspruchs, ein marxistischer Dramatiker zu sein, in seinem programmatischen Artikel im Programm zu „Attentat in San Francisco" beweist, daß er weder von Marxismus noch von Dramatik wirklich etwas versteht. Denn die Auffassung: „Das kollektivistische Drama stellt seine Menschen niemals in eine moralische, sondern stets in eine ökonomische Situation: die Menschen sind soziale Funktionäre, deren Handlungen von den ökonomischen Notwendigkeiten bestimmt werden" — hat ebensowenig etwas mit wirklichem Marxismus zu tun wie seine Forderung, daß „das unsere Zeit repräsentierende Drama die ideologische und formale Struktur der Maschine haben muß". Das ist eine rein mechanische Auffassung, die mit de lebendig-dialektischen von der Rolle des gesellschaftlichen Ueberbaus nichts zu tun hat.

Die auf Grund dieser falschen und unmarxistischen Auffassung gewählte Form des dramatischen Berichts hat das Stück vieler Wirkungsmöglichkeiten beraubt, deren Fehlen gerade im Interesse der Sache, des Kampfes für Mooney und Billings bedauert werden muß. Wie starke Wirkungsmöglichkeiten von dem Thema ausgehen, bewies der stürmische Beifall, der in der Uraufführung immer wieder losbrach. So packend ist dieser Stoff, daß er selbst durch den Dilettantismus des Autors nicht zerstört werden kann. Darum sollten auch alle Genossen und alle Arbeiterorganisationen

sich für den Besuch der Aufführungen einsetzen,

der in den Tagen nach der Uraufführung leider stark nachgelassen hat. Das, was dargestellt wird, ist selbst in seiner nüchternen Darstellung noch so ungeheuerliches Geschehen, daß es packen und aufpeitschen muß. Und die Arbeiterklasse sollte um der Sache Mooneys und Billings wegen zum mindesten soviel Erkenntnis aufbringen, wie sie ein bürgerlich-liberaler Kritiker aus Anlaß der Uraufführung zum Ausdruck brachte:

„Eine matte Propaganda für eine gute Sache ist um vieles besser als gar keine Propaganda."

Ausstellung sowjetrussischer schöner Literatur in Berlin

Berlin, 15. Dezember.

Die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas veranstaltet in ihren Räumen in der Zeit vom 16. bis 21. Dezember unter Mitwirkung der Slawistischen Arbeitsgemeinschaft an der Universität Berlin eine Ausstellung: „Die schöne Literatur der Sowjetunion."

Die Ausstellung, die neben den ins Deutsche übersetzten Werken Bilder und Karikaturen der bekanntester Autoren und Angaben über ihr Leben und ihre Arbeiten enthalten wird, soll einen Querschnitt von der sowjetrussischen Belletristik in ihren Beziehungen zum sowjetrussischen Leben geben.

An jedem der Ausstellungstage werden von Professor Arthur Luther-Leipzig (?), Dr. Wolfgang Leppmann und Dr. Michael Gorlin-Berlin kurze Einführungsvorträge gehalten. Gelegentlich der Ausstellung wird auch die von der Deutschen Gesellschaft zum Studium Ostpreußens bearbeitete Bibliographie der gesamten deutschsprachigen Literatur über die Sowjetunion erstmalig zum Verkauf gelangen.

Fast 21000 leerstehende Wohnungen in Berlin

In Berlin standen am 10. Oktober 26 655 Wohnungen und 23 028 Gewerberäume

leer. Das sind bei den Wohnungen (bei den Gewerberäumen fehlt bezeichnenderweise die Prozentangabe) 2 Prozent der 1 353 800 Wohnungen in Berlin. Das Statistische Amt tröstet sich dabei damit, daß die in der Vorkriegszeit als normal bezeichnete Ziffer von 3 Prozent noch nicht wieder erreicht sei.

Das ist ein billiger Bürokratentrost. Denn inzwischen haben sich die Verhältnisse völlig verschoben. Durch Bevölkerungs- und vor allem Haushaltungszuwachs auf der einen und dem alljährlichen Verschleiß an Wohnhäusern ist ein infolge der gegenüber der Vorkriegszeit verringerten und in einer Reihe von Jahren überhaupt ruhenden Bautätigkeit ist ein noch immer ungedeckter Wohnungsbedarf von mindestens 200 000 neuen Wohnungen vorhanden. Wenn nun trotzdem nicht einmal der tatsächliche Wohnungsbedarf gedeckt ist, noch 2 Prozent aller Wohnungen leer stehen, so ist das ein Zeichen für den Wahnwitz der kapitalistischen Ordnung. In dieser Zahl spiegelt sich die furchtbare Massennot, die es mit sich bringt, daß Neubauwohnungen und Großwohnungen leer stehen, indes sich in anderen Wohnungen die Menschen aufs barbarischste zusammenpferchen.

Dieser Widersinn wird auch dadurch besonders deutlich, daß unter den etwa 27 000 Leerwohnungen sich 17 278 befinden, die einschließlich Küche vier und mehr Räume aufweisen. Das ergibt, daß in diesen Wohnungen außer 17 278 Küchen mindestens 90 000 bis 100 000 leerstehende Wohnräume vorhanden sind. Auf der anderen Seite gibt es mehr als 100 000 Wohnungen, in denen in jedem Wohnraum sechs Personen und mehr zusammengepfercht sind.

Aber auch die leerstehenden Gewerberäume reden eine furchtbare Sprache. Sie enthüllen die Tragödie des zusammenbrechenden Mittelstandes, beide Zahlen, die der leeren Wohnräume und die der leeren Gewerberäume, verbergen hinter den trockenen Ziffern eine ernste Mahnung an alle Werktätigen: Schluß mit dem Kapitalismus, mit dieser widersinnigsten aller „Ordnungen", die auf der einen Seite Wohnungen leer stehen läßt, indes auf der anderen Seite furchtbarste Wohnungsnot herrscht!

Achtung! Gewerkschaftsfunktionäre der SAP!

Am Dienstag, den 20. Dezember, 20 Uhr, findet im Sekretariat, Magazinstraße 12a, eine Arbeitsgemeinschaft statt. Thema: „Unser Arbeitsbeschaffungsprogramm." Genosse Mischa Pupko spricht.

Organisations-Nachrichten

SAP

Bezirk Berlin-Brandenburg

Sonntag, den 18. Dezember:

Abteilung Osten: vorm. 8.30 Uhr **Ringbahnhof**, Frankfurter Allee (Zeitungsagitation).

Ortsgruppe Spandau: Mitgliederversammlung bei Gen. Franz Wolf vorm. 10.30 Uhr. Spandau-West, Kolonie „Gute Hoffnung, Wiesenweg 6. Thema: Die pol. Lage und die Aufgabe der SAP.

Montag, den 19. Dezember:

Sitzung der engeren B. L. um 19 Uhr im Sekretariat.

Ortsgruppe Charlottenburg: Arbeitsgemeinschaft um 20.30 Uhr bei Rettschlag, Dankelmannstr. 18. Thema: Was ist Wert.

Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Alle Genossen, die Mitglieder der Konsum-Genossenschaft sind, treffen sich um 20 Uhr bei Richter, Schliemanstr. 39.

Mittwoch, den 21. Dezember:

Ortsgruppe Tiergarten: Mitgliederversammlung mit Gästen um 20 Uhr bei Scholz, Lewetzowstr.

Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Funktionärsitzung bei Richter Schliemannstr. 39

SJV Bezirk Groß-Berlin

Sekretariat Magazinstr. 12a

Mitteilungen der Bezirksleitung

Achtung! Jungbuchdrucker! Am Montag um 17 Uhr Generalversammlung im Klubhaus Ohmstr. Kein SJVer darf fehlen.

Referentenschule: Montag 20 Uhr, Magazinstraße 12a

Propagandamaterial für die Weihnachtsfahrt muß sofort abgeholt werden.

Monatsprogramme müssen eingesandt werden.

SJV-Kalender sind für 45 Pfg. zu haben.

Erwerbslose Genossen: Am Mittwoch um 14 Uhr im Heim Magazinstr. 12a „Heiterer Nachmittag". „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen". Jeder Genosse erscheint.

Gruppenveranstaltungen

Montag, 20 Uhr:

Neukölln, Rosenstr. 12/13: Arbeitsbeschaffung

Köpenick, Grünauer Straße 5: Travenabend.

Moabit, Schleswiger Ufer 15: Julklapp.

Süd-West, Yorkstr. 11: Das Proletariat und das friedliche Weihnachtsfest.

Lichtenberg, Scharnweberstr 22: Kursus: Geschichte der Arbeiterbewegung

Dienstag, 20 Uhr:

Wörther Platz. Christburger Str. 7: Die sexuelle Frage

Schönhauser Viertel Gleimstr. 35: Fürsorgeerziehung.

Mitte-Süd, Magazinstr. 12a: Die Rolle der Partei in der prolet. Revolution.

Schöneberg, Hauptstr. 15: „Friede auf Erden".

Reinickendorf, Rosenthaler Str. 15: Heimabend.

Charlottenburg, Sportplatz Westend: Heimabend.

Wilmersdorf Wilhelmsaue 123: Heimabend.

Tempelhof. Dorfstr., Schule: Heimabend.